

maldekstra #6

Globale Perspektiven von Links: Das Auslandsjournal

DEZEMBER 2019

Eine andere Welt

1989 fiel nicht nur die Mauer. Das Jahr markiert global eine Zeit der Umbrüche – und der Hoffnungen. 30 Jahre später herrscht vielerorts Ernüchterung. Aber Geschichte endet nicht.

Lange galt 1989 als „Fluchtpunkt des 20. Jahrhunderts“. Doch was die Rede vom vermeintlichen „Ende der Geschichte“ überdeckt hat, kommt 30 Jahre danach umso deutlicher zum Vorschein: 1989 markiert nicht bloß das Ende des sogenannten Realsozialismus und der Blockkonfrontation, sondern auf der ganzen Welt den Beginn einer neuen Zeit – die nun ihre eigenen Narben zeigt. Viele der Erwartungen an Demokratisierung, Friedensdividende und politischen Aufbruch sind enttäuscht worden. „Und sie bewegt sich doch.“ Der Blick zurück auf den Epochenbruch 1989 hilft, neue Perspektiven für die Zukunft zu gewinnen.



3 Hinterm Horizont geht's weiter

Das „Ende der Geschichte“ als verführte „ideologische Sektkorkenknallerei“.

5 „Eine klare Deutung ist schwierig“

Die Historikerin Angela Siebold über die globale Dimension von „1989“ und Leerstellen des Rückblicks

10 Rückkehr des Schreckens

Friedensdividende? Das Ende der Ost-West-Konfrontation und die Militärhaushalte

11 Kein glückliches Ende

Die Zahl der Demokratien ist gewachsen. Doch es mehren sich Probleme

12 „Das war für uns eine dramatische Wende“

Saeed al-Gariri im Gespräch über die Ereignisse von 1989/90 aus süd-jemenitischer Perspektive

14 Der polnische Impuls

In Polen ging es seit Anfang der 1980er Jahre immer stärker um Meinungsfreiheit und Demokratie

15 „... schlagen in Fesseln derselben um“

Wie lässt sich das globale Schwellenjahr 1989 mit der Ökonomie erklären?

17 Mandela wurde nicht durch den Mauerfall befreit

Die Demokratisierung Südafrikas und die Solidarität

18 Facettenreich

Über einen Sammelband und eine Webdoku

20 „Da war natürlich große Unsicherheit“

Klaus Dieter Peters arbeitete beim Solidaritätskomitee der DDR

22 Wenn die Welt auseinanderbricht

1989 machte weit mehr als ein bis dahin real existierendes System zu „Geschichte“. Ein Blick in die Literatur

Impressum

maldekstra wird herausgegeben von der common Verlagsgenossenschaft e.G., Franz-Mehring-Platz 1 10243 Berlin, in Kooperation mit der

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Beirat Hana Pfennig, Boris Kanzleiter

Redaktion Julia Funcke (Korrektorat), Kathrin Gerlof, Anne Schindler, Tom Strohschneider (V.i.S.d.P.)

Gestaltung Michael Pickardt

Kontakt Tel. 030.2978.4678 kontakt@common.berlin

Druck BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin

Druckauflage 65.000

„maldekstra“ steht für „links“ in der Weltsprache Esperanto.

„maldekstra“ kann kostenfrei bezogen werden über bestellung.rosalux.de

„maldekstra“ wird finanziert aus Mitteln des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Rückwärts, vorwärts: ein neuer Blick

Was uns Geschichte bedeutet, war und ist immer eine Frage der Gegenwart: Wir blicken 30 Jahre nach 1989 anders darauf als zu früheren Jubiläen. Und das hat etwas mit dem Heute zu tun. Die Selbstverständlichkeit, mit der lange Zeit der Wandel in Osteuropa als „Sieg des Westens“ beschönigt wurde, ist vielerorts kritischer Rückschau gewichen. In den bundesdeutschen Debatten spielen nun zum Beispiel die sozialen und politischen Folgen des Transformationsprozesses nach 1989 eine wichtige Rolle. Ein neuer, mehr internationaler Fokus fragt danach, was weltweit mit dem Signum „1989“ verbunden ist – und was aus damaligen Hoffnungen wurde. Auch in der politikwissenschaftlichen Literatur macht sich diese Änderung bemerkbar. Wer die Bücher von Ivan Krastev, Stephen Holmes, Philipp Ther oder Kristina Spohr liest, erfährt etwas über die neue Perspektive und vor allem über die Welt von heute. Oder, wie es bei Ther heißt, über „das andere Ende der Geschichte“.

„Wir lesen ‚1989‘ heute auch als Beginn neuer Problemlagen, als bloßes Durchgangsstadium, als Zäsur im Kontext von Kontinuitäten“, so hat es der Historiker Martin Sabrow unlängst formuliert. Die Historikerin Kristina Spohr, die gerade eine voluminöse Geschichte jener „Wendezeit“ veröffentlicht hat, schreibt, nichts habe „die führenden Politiker auf einen so schnellen und umfassenden Wandel vorbereitet“. Gemeint sind jene im „Westen“, die zwar „jahrzehntelang Kriegsspiele“ veranstaltet hätten, aber „ohne je ein Szenario für einen friedlichen Ausgang des Kalten Kriegs zu entwickeln“. Und das zeigt Folgen bis heute: „Die Schwächen der internationalen Regelung, die den Kalten Krieg beendete, sind heute offensichtlich“, so Spohr. „Eingefrorene Konflikte, Auflösung von Rüstungsabkommen, Verknöcherung internationaler Institutionen, Aufstieg mächtiger autoritärer Regime, gewachsene Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen“ ...

Was heißt das für die gesellschaftliche Linke? Erstens, dass so Analysen zu ihrem späten Recht kommen, die schon früher aus einer anderen Perspektive auf „1989“ blickten. Wolfgang Fritz Haug hat die große „Wende“ und das Jahrzehnt nach 1989 in zwei ausführlichen Tagebüchern beobachtend verarbeitet. Schon vor zwei Jahrzehnten registrierte er rückblickend, wie „betroffen“ er war, „vom Zeitlupentempo und der unheimlichen Gründlichkeit, mit der die Lawine der Veränderungen zu Tale ging, nationale Entwicklungsregime und soziale Einrichtungen in vielen Teilen der Welt vernichtete und einen Rattenschwanz bestialischer Bürgerkriege und imperialistischer Interventionen nach sich zog“.

Haug mahnte damals aber auch, „den Bann des Rückblicks zu brechen“ und, wie es Walter Benjamin empfohlen hatte, mittels der Stützen „der Erfahrung, des gesunden Menschenverstandes, der Geistesgegenwart und der Dialektik“ den Blick wieder „in die geschichtliche Prozessrichtung umzuwenden“, also: nach vorn, in die Zukunft, die nicht so sein müsste, wie sie mitunter erscheint, die also anders zu gestalten bleibt, wenn wir es wollen. Grund dafür gibt es zuhauf, denn auch „die vermeintlichen Sieger der Geschichte erfahren sich ihrerseits in den krisengetriebenen Strudel der Veränderungen hineingerissen“.

Hierin liegt die zweite heutige Bedeutung von „1989“ für die gesellschaftliche Linke: den Blick auf die damalige Welterschütterung immer wieder neu auszurichten, die nationale Selbstbezogenheit der Rückschau zu überwinden, den Eigensinn der „Wenden der anderen“ zu begreifen und dabei die Verknüpfungen mit der eigenen Geschichte zu berücksichtigen. Es steht noch etwas aus, könnte man sagen: 1989 steht für Hoffnungen, die immer noch unerfüllt sind und an die zu erinnern den Treibstoff bilden kann für künftige Veränderungen.

Tom Strohschneider

Agenda

„**Eigensinn im Bruderland**“ Sie kamen als Studierende, Lehrlinge, Arbeiter*innen, politisch Verfolgte – und sie brachten unterschiedliche Erwartungen, Träume und Ängste mit in die DDR. Acht Migrant*innen aus verschiedenen Ländern berichten in einer von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Webdokumentation von ihrem beruflichen und persönlichen Alltag in der DDR. Hintergrundtexte, Behörden- und Stasiberichte beleuchten Interessen und Konflikte. Auf dem Eigensinn der Migrant*innen liegt der Fokus des Projekts des Zentrums für Antisemitismusforschung (TU Berlin) und der out of focus filmproduktion, das mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unterstützt wurde. Mehr unter bruderland.de.

„**Aufbruch ins Ungewisse**“ 1989 stürzten die Bürger*innen der DDR ein politisches System, das zu lange ihre Erwartungen, Hoffnungen und Wünsche übergangen, missachtet, enttäuscht, verraten, auch gewaltsam unterdrückt hatte. Aufbruchstimmung und Zukunftsoptimismus dominierten, eine andere Welt schien möglich. Was gab es für reformsozialistische Debatten? Wie zeigt sich die Wende in einer etwas anderen Chronik des Aufbruchs von 1989? Welche Folgen hatte die Treuhandpolitik? Ein Webdossier der Rosa-Luxemburg-Stiftung blickt kritisch auf die Zeit des Umbruchs zurück. Mehr unter rosalux.de/dossiers.

Malta 1989

Die Begegnung findet auf stürmischer See statt, und das passt zur Lage: Anfang Dezember 1989 treffen sich US-Präsident George Bush sen. und der sowjetische Staatsschef Michail Gorbatschow auf einem russischen Kreuzfahrtschiff vor Malta. Kurz nach dem Mauerfall, mehr als das halbe Osteuropa war schon im Umbruch, ging es um nichts Geringeres als eine zu Ende gehende Weltordnung. Die Fundamente für eine neue waren noch kaum sichtbar. Das Ende des Kalten Kriegs ließ Träume von neuen Ost-West-Beziehungen keimen. „Die Welt verlässt eine Epoche und betritt eine andere“, sagte Gorbatschow damals. „Wir befinden uns am Anfang eines langen Weges in eine friedliche Ära.“ Auch Bush sprach von dauerhaftem Frieden. Doch die weitere Geschichte verlief anders. Neue Konflikte, neue Kriege, neue Katastrophen folgten. Auch deshalb – die regionalpolitischen und sozialen Folgen des Zusammenbruchs der Sowjetunion taten das Ihre – büßte vor allem Gorbatschow bei vielen den Nimbus als Bote einer besseren Zukunft wieder ein.



picture-alliance / dpa

Hinterm Horizont geht's weiter

Die Rede vom „Ende der Geschichte“ erwies sich als verfrühte „ideologische Sektorkorkenknallerei“.

Von Tom Strohschneider

Es ist November 1989, als der Philosoph Wolfgang Fritz Haug in sein „Perestroika-Tagebuch“ einen Eintrag über den damals abgehaltenen Kongress der Gewerkschaft IG Metall notiert. Deren damaliger Chef Franz Steinkühler hatte dort von der „Zeit globaler Trendbrüche und gesellschaftlicher Umbrüche“ gesprochen, man erlebe „geradezu Fieberstunden der Geschichte“.

Das war im Lichte der Entwicklungen in der Sowjetunion gesprochen. Auch in anderen osteuropäischen Ländern hatte der Aufbruch schon begonnen – es war einer ins Ungewisse. Mindestens. Denn mit dem Abstreifen „der stalin-kommunistischen Befehlswirtschaft“, wie es Steinkühler formulierte, waren ja nicht die Probleme des real existierenden Kapitalismus hinfort. Globale Umweltzerstörung, Verelendung der Dritten Welt im Zusammenhang mit der Schuldenkrise, Globalisierung von Kapitalstrukturen, Zentralisierung wirtschaftlicher Macht...

Haug zitiert dies stichpunktartig aus des Gewerkschafters Rede, und der weiß: Die da nun den „Zusammenbruch einer ganzen Weltanschauung“ feiern, „sehen schon die

Morgenröte einer jeder Fessel enthobenen uneingeschränkten Profitwirtschaft“, ihre „ideologische Sektorkorkenknallerei“ applaudiere dem herannahenden „Sieg eines schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus“.

Ob Steinkühler seinerzeit den im Sommer 1989 veröffentlichten Aufsatz „The End of History?“ von Francis Fukuyama im Kopf hatte, ist nicht bekannt. Allerdings steht dieser 1992 zu einem Buch ausgearbeitete Beitrag geradezu symbolisch für eine damals verbreitete Haltung: die liberale Demokratie als den „Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit“, als die „endgültige menschliche Regierungsform“ zu betrachten. So gesehen ist der Begriff „Ende der Geschichte“ etwas irreführend, geht es Fukuyama doch eher um den Abgang einer bestimmten Geschichtsauffassung, die – um 1989 herum in schwerer Krise befindlich – ja gerade über den liberal-kapitalistischen Tellerrand hinauswies.

Fukuyamas Text steht zudem stellvertretend für eine Sichtweise auf gesellschaftliche Zusammenhänge, die „Demokratie auf den Bereich des Parteipolitischen unter Ausschluss des Ökonomischen und Kulturellen“

verkürzt, wie das der mexikanische Philosoph Gabriel Vargas Lozano einmal kritisiert hat. Fukuyama kann nur deshalb zu dem bemerkenswert positiven Urteil kommen, dass die liberale Demokratie im Gegensatz zu den „schweren Mängeln und irrationalen Zügen“ früherer Regierungsformen „bemerkenswert frei von solchen fundamentalen inneren Widersprüchen“ sei. Mit liberaler Demokratie war „die US-amerikanische Staatswirklichkeit als Höhe- und Endpunkt der Geschichte“ gemeint, alle Weltstaaten würden sich an dieses Ideal irgendwann anpassen.

Die Realität, die Fukuyama für sein damaliges Urteil übersehen musste, war eine, die den Gewerkschafter weiterhin an der Hoffnung festhalten ließ, es könnte eine Alternative zum „inhumanen Kapitalismus westlicher Prägung“ geben. Steinkühler wusste genau, dass das „Triumphgeheul“ der anderen einen zweiten Sinn hatte – nämlich „mit unverkennbaren Anspielungen auf unsere Gewerkschaften“ alles, was man „an sozialem Fortschritt erkämpft“ habe, zurückzudrehen, indem es als der „ach so üble Kollektivismus abgefertigt“ werde.

Über Fukuyamas Texte von damals ließe sich noch weit mehr sagen, entscheidend war das Setzen eines öffentlichen Tons, der auch die alltäglichen, subjektiven Betrachtungen der Welt jedenfalls teilweise prägen sollte. So gesehen ist das „Ende der Geschichte“ selbst geschichtswirksam geworden – indem es das Denken über Alternativen veränderte. „Die Wirtschaftskriege, der Protektionismus, die Gegensätze zwischen reichen und armen Ländern, die zunehmende Verarmung, die Außenschuld – all dies scheint Fukuyama nicht zu interessieren“, so Lozano. „Er verkündet lediglich das Ideal und seine Verwirklichung.“

Die Ironie des „Endes der Geschichte“ ist, dass man 30 Jahre später das Urteil kritisch befragen kann. Er habe damals zum Ausdruck bringen wollen, so Fukuyama im Rückblick, „dass es aus meiner Sicht keine Alternativen gibt, die langfristig besser sind als das System der liberalen Demokratie“. Angesichts der globalen autoritären Welle und des Rechtsrucks betont er inzwischen, „dass die moderne, liberale Demokratie ein grundsätzliches Problem hat: Sie bietet wirtschaftlichen Erfolg und Sicherheit, aber sie stiftet weder Stolz noch Gemeinschaft und Identität“.

Dennoch schafft es Fukuyama weiterhin nicht, die ökonomische Widersprüche ausblendende Verkürzung seiner Perspektive zu überwinden. Er sieht das „Ende der Geschichte“ noch heute lediglich als „vertagt“, die Welt gehe „tatsächlich derzeit in die falsche Rich-

tung. Aber am Ende wird die historische Entwicklung in eine Form der liberalen Demokratie münden.“

Schon wieder, und ein neues „Ende“ also? Dem Begriff wohnen ganz unterschiedliche Bedeutungen inne: Als „Vollendung, Erfüllung“ betrachtet entspräche er am ehesten Fukuyama. Lozano hat daran erinnert, dass aber ebenso die „Grenze“, „Schranke“ darin steckt – das „Ende“ als das Ergebnis eines Prozesses, seine Vollendung, aber auch sein Horizont. Hinter dem geht es bekanntlich weiter.

Und um genau dieses „Weiter“ geht es Fukuyama, das hat er an anderer Stelle recht deutlich formuliert: „Progressive Intellektuelle behaupteten lange Zeit, am Ende der Geschichte stehe der Kommunismus.“ Dagegen war „The End of History?“ gerichtet – gegen die Möglichkeit des ganz anderen. Es ist seine ideologische Interpretation insbesondere der Folgen des Zusammenbruchs des sogenannten real existierenden Sozialismus, eine Interpretation, die besagten Horizont abschneidet, außerhalb des Denkbaren stellt.

Jacques Derrida hat in „Marx' Gespenster“ ein paar Jahre nach dem „globalen 1989“ daran erinnert, dass „niemals, nie und nimmer zuvor in der Geschichte“ der „Horizont über den Modellen, deren Überleben man feiert (das heißt über all den alten Modellen der kapitalistischen und liberalen Welt), so dunkel, so bedrohlich und so bedroht“ gewesen sei. Und weil das immer wieder auch ins Be-

wusstsein dringt, in Schüben wohl, aber so unausweichlich und unübersehbar, wie die sozialen, demokratischen und ökologischen Widersprüche es sind, die aus der Formation entspringen, deren Bauchredner und Lautsprecher 1989 in „Sektorkorkenknallerei“ ausbrachen, kann auch diese Ideologie immer nur eine Zeitlang fortbestehen: „Bis sie – aufgrund der unablässigen Notwendigkeit, den sozialen Zusammenhalt des von Tendenzen der Desintegration bedrohten Systems um jeden Preis zu bewahren – durch eine neue ersetzt werden wird“, wie Lozano schreibt.

Diese „Tendenzen der Desintegration“ mögen heute deutlicher zutage treten, die Debatten über die Vielfachkrise des Kapitalismus, der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und der sozialen Demokratie geben darüber Auskunft.

Doch gewusst wurde das auch 1989, als vom „Ende der Geschichte“ die Rede war. Wolfgang Fritz Haug notiert es in sein Tagebuch, wieder zitiert er Franz Steinkühler – und der warnt damals schon davor, dass der Umbruch im Osten, aber auch der Aufbruch auf anderen Kontinenten in jener Zeit „letztlich nur darauf hinausläufe, unser Zivilisationsmodell zu kopieren, auf unser Produktions- und Lebens-tempo zu beschleunigen“. Weniger denn je könne man es sich „leisten, Arbeitsplatzinteressen ohne Wenn und Aber zu vertreten; wir haben die Frage zu stellen, was und wofür wir produzieren, ob es gesellschaftlich akzeptabel und ökologisch verträglich ist“.

BRD 1989



picture-alliance / Klaus Rose

Das Jahr beginnt mit einem rechtsradikalen Paukenschlag: In Westberlin ziehen die „Republikaner“ im Januar 1989 auf Anhieb mit 7,5 Prozent ins Abgeordnetenhaus ein. Bei den Europawahlen im Juni wiederholen sie dieses Ergebnis knapp. Helmut Kohl, der als angeschlagener Kanzler und CDU-Chef ins Wendejahr gestartet ist, kritisiert, die Repts um Franz Schönhuber zögen „aus den Ängsten der Menschen Stimmen“. Doch es sind nicht zuletzt Scharfmacher aus der Union selbst, die das Ressentiment gegen Migrant*innen, Aussiedler*innen aus Osteuropa, aber auch gegen Flüchtlinge aus der DDR anfachen. Ende der 1980er Jahre, das ist eine Zeit, in der ein Edmund Stoiber von der CSU vor einer „durchrassten Gesellschaft“ warnt. In der Alfred Dregger, damals Unionsfraktionschef im Bundestag, sagt, Ausländer seien „keine Mitbürger“. Es ist eine Zeit, in der geglaubt wird, dem wachsenden Zuspruch für radikale Rechte käme man damit bei, dass man deren Hasstiraden übertrumpft. Solche Zeiten kommen in der Bundesrepublik auch nach 1989 immer wieder.

Venezuela 1989

Am Morgen des 27. Februar 1989 endete in Venezuela eine Epoche. Die Bevölkerung aus den Armenvierteln der Hauptstadt, für die offizielle Politik jahrzehntelang unsichtbar und vergessen, strömte ins Zentrum und begann Geschäfte zu plündern. Allein in Caracas räumten die Menschen rund 2.000 Geschäfte leer. Was eine Preisanhebung entfesselte, hatte tiefere Gründe: Die Regierung hatte – nicht zuletzt nach Auflagen des Internationalen Währungsfonds – Bildung, Gesundheit und öffentliche Sicherheit für eine Mehrheit der Bevölkerung unerschwinglich gemacht. Präsident Carlos Andrés Pérez setzte Armee und Nationalgarde gegen die Aufständischen in Marsch, die Sozialrebellion wurde mit unglaublicher Gewalt niederschlagen. Dokumentiert sind fast 400 Opfer, die Zahl der Toten dürfte aber in die Tausende gehen. Was als „El Caracazo“ in Venezuelas Geschichte einging, setzte aber auch eine neue Entwicklung in Gang: Überall entstanden Menschenrechtsgruppen und Selbsthilfeorganisationen; Selbstverwaltung und Basisdemokratie wurden zum Signum eines neuen lateinamerikanischen Linksrucks – der inzwischen selbst Geschichte geworden ist.



picture alliance / dpa

„Eine klare Deutung ist schwierig“

Die Historikerin Angela Siebold über die globale Dimension von „1989“, Leerstellen des Rückblicks und aktuelle Krisennarrative

maldekstra: Sie sind in Freiburg geboren, ziemlich weit im Westen. Erinnern Sie sich an den Wendeherbst 1989, an die Zeit des Umbruchs in der DDR?

Angela Siebold: Freiburg war wirklich weit weg von der Mauer und den Geschehnissen dort. 1989 war ich acht Jahre alt, und wir hatten persönlich keine Verwandten oder Freunde in der DDR. Aber ich kann mich an die Fernsehbilder vom Mauerfall erinnern, und auch an die Gespräche darüber, was sich verändern würde. Aber deutlicher habe ich die Jahre danach vor Augen, die 1990er Jahre.

Wann haben Sie 1989 als wissenschaftliches Thema für sich entdeckt?

Ich war 1999 das erste Mal in Polen und bin dann später durch mein Geschichtsstudium zum Thema deutsch-polnische Beziehungen gekommen. Das wurde ein Schwerpunkt für mich, zu dem ich auch später weiter gearbeitet habe. Dadurch bin ich auf die europäische und dann eben auch wieder zurück auf die deutsche Geschichte gekommen.

Was hat Sie daran interessiert?

Vieles. Einerseits war es biografisch für mich interessant, als historisches Ereignis, weil ich

mich selbst noch gut erinnern konnte. Das war bei anderen Themen nicht der Fall. Wissenschaftlich war zudem reizvoll, zu einem noch wenig erforschten Thema zu arbeiten. Die meisten historischen Darstellungen hörten 1989/90 auf, mit der deutschen Einheit oder mit dem Fall des Eisernen Vorhangs. Danach ging es nicht weiter. Mich hat aber genau das interessiert, die Frage, welche Auswirkungen diese Zeit hatte. Da gab es sehr viele spannende Themen, etwa die gesellschaftlichen Folgen des Umbruchs, die Erinnerung, kulturelle Wandlungen. Spannend war außerdem noch die große geografische Reichweite. Sich also nicht nur auf den Westen zu beziehen, sondern auf eine Region, für die man sich im Westen wenig interessiert hatte – der ganze große Raum hinter dem Eisernen Vorhang. Das war auch methodisch reizvoll: Wie kann man eigentlich auf eine Geschichte schauen, die noch gar nicht lange vorbei, die also noch gar nicht abgeschlossen ist?

30 Jahre danach spielt die Geschichte um 1989 als Jubiläum eine große öffentliche Rolle. Wie erleben Sie diese Erinnerung hierzulande?



Angela Siebold, Jahrgang 1981, ist Zeithistorikerin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Sie forscht und lehrt zu den Beziehungen zwischen West- und Osteuropa, zur europäischen Migrationsgeschichte im 20. Jahrhundert sowie zur Geschichte der europäischen Integration. Publikationen von ihr sind unter anderem zu den deutsch-polnischen Beziehungen, zur Geschichte des Schengener Abkommens und zur Geschichte des Freiheitsdenkens erschienen. Mit ihr sprach Tom Strohschneider.

Jubiläen und Jahrestage sagen weniger etwas über die Vergangenheit aus, mehr über die Gegenwart. Am Thema „1989“ kann man sehr gut sehen, wie sich der Blick darauf in der nachfolgenden Zeit immer wieder verändert hat. Und er verändert sich auch jetzt wieder. In den letzten Jahren hat eine Distanzierung von der damals vollzogenen Transformationspolitik zugenommen. Das verändert auch das Reden über die Wende selbst.

Wie erklären Sie sich das?

Zum einen hängt es mit dem zeitlichen Abstand zusammen. Es tauchen neue Fragen auf, es gibt neue Forschungsergebnisse. Außerdem beobachten wir in ganz Europa eine Pluralisierung der Deutungsangebote. Das passiert ja häufig mit einem gewissen Abstand, dass sich das kulturelle Gedächtnis wandelt oder darüber gestritten wird – so wie aktuell über die Wendezeit. In vielen Ländern wird zudem stärker als in der Vergangenheit versucht, das Thema politisch zu instrumentalisieren. Auch dabei hat es einen Wandel gegeben: In den 1990er Jahren wurde der Umbruch von 1989 oft als Beleg für den Erfolg des westlichen Demokratiemodells gedeutet, als eine Art Abschluss. Heute wird die Erinnerung oft umgekehrt eingesetzt, auch dazu, das bestehende Demokratiemodell infrage zu stellen und zu verändern.

„Acht Tage, die die Welt veränderten“, so heißt ein Buch über die Wende in der DDR. Eine Reminiszenz an John Reeds Buch von 1919 über die Oktoberrevolution. Kann man sagen: Typisch deutsche Geschichtssicht, bei der „wir“ das Zentrum bilden?

Auf jeden Fall. In der deutschen Politik, in der Publizistik und in der Wissenschaft hat es sehr lange gedauert, bis die internationalen Vorbedingungen für den Umbruch und die globale Situation überhaupt wahrgenommen wurden. Das ist insofern erstaunlich, als die Demonstrierenden in der DDR selbst sehr wohl die Ereignisse anderswo im Blick hatten. Sie hatten persönliche Kontakte oder nahmen 1989 auf das Bezug, was in anderen Ländern passierte. In der bundesdeutschen Erinnerung wurde diesem Aspekt bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Vorläufer in anderen Ländern geraten so aus dem Blick.

Die Solidarność-Bewegung in Polen oder die Reformpolitik unter Gorbatschow waren fundamentale Voraussetzungen für die Veränderungen in der DDR. Die Destabilisierung des DDR-Regimes wurde nicht nur von den Montagsdemonstrationen vorangetrieben, sondern war auch eine Folge der Abwendung Moskaus von Ostberlin. Inzwischen, das sieht man am aktuellen Gedenken, gehört es unter deutschen Politikern zwar zum guten Ton, die Rolle anderer Länder zu erwähnen, etwa wenn es um den Mauerfall geht. Trotzdem überwiegt eine nationale Sicht in der Erinnerung. Das ist aber auch in vielen anderen ostmitteleuropäischen Staaten so. Es geht dann vor allem um die eigene „Leistung“ und um das, was erreicht wurde. Da gibt es auch einen gewissen Wettbewerb darum, welchen Ereignissen in welchem Land die größte Aufmerksamkeit zuteilwird. Zugleich beobachten wir sehr

starke innergesellschaftliche Konflikte um die Deutung. Auch in Polen gibt es heute Diskussionen darüber, ob der Kurs der Transformationspolitik in den frühen 1990er Jahren richtig war oder ob man es anders hätte machen müssen.

Ihr Kollege Philipp Ther spricht von nationaler Selbstbezogenheit, die dazu geführt habe, dass man die Art und Weise der Transformation in anderen osteuropäischen Ländern gar nicht betrachtet hat. Dieses Problem gibt es in sehr vielen Ländern, auch in Westeuropa. Zum Beispiel wird der Umbruch von 1989 in Frankreich und England oft behandelt, als hätte er gar nichts mit den eigenen gesellschaftlichen Entwicklungen zu tun. Er erscheint als ein rein östliches Thema. Der Unterschied zwischen West und Ost in dieser Frage ist, dass in Osteuropa durchaus bekannt ist, was in jener Zeit im Westen passierte. Umgekehrt sind im Westen die Kenntnisse über die Geschehnisse in den osteuropäischen Staaten sehr gering. Das ist aber kein neues Phänomen. Schon in den 1990er Jahren und sogar davor wurde davon gesprochen, dass das Wissen über den jeweils anderen in den West-Ost-Beziehungen sehr ungleich verteilt sei.

Wie geht die Geschichtswissenschaft mit der internationalen Dimension von 1989 um? Globalgeschichtliche Perspektiven sind seit einiger Zeit ja durchaus angesagt.

Globalgeschichte zu erforschen bedeutet nicht, wie es oft missverstanden wurde, eine umfassende Weltgeschichte zu schreiben. Sondern es geht stattdessen darum, globale Beziehungen in den Blick zu nehmen, sich transnationale Verflechtungen anzuschauen, die auch über größere Distanzen hinweg Einfluss auf Entwicklungen hatten. Dafür ist 1989 ein gutes Beispiel. Dies zu untersuchen, ist zwar einerseits immer wieder gefordert worden, andererseits ist dem aber nur selten entsprochen worden.

Woran liegt das?

Das hat verschiedene Gründe. Transnationale Forschungsprojekte sind sehr aufwendig, man muss in viele Länder reisen, dort die Archive besuchen, Quellen in anderen Sprachen zusammentragen und so weiter. Neben finanziellen Aspekten setzt eine solche Perspektive auch andere Kenntnisse voraus, einen erweiterten Fachblick sozusagen. Einen weiteren Grund sehe ich darin, dass transnationale Geschichte schwieriger zu vermitteln ist als einfache Nationalgeschichte. Und vielleicht wird sie auch weniger nachgefragt. Denn eine solche über den nationalen Tellerrand hinausblickende Forschungsperspektive könnte gerade beim Thema „1989“ zeigen, dass man diesen Umbruch nicht so einfach und eindeutig beschreiben kann, wie das gern gewollt wird.

Was müsste sich in der Forschung ändern?

Mehr Austausch unter Wissenschaftlern wäre nötig. Aber auch der Kenntnisstand über grenzübergreifende Zusammenhänge müsste besser werden. Das setzt natürlich mehr Wissen voraus, demzufolge mehr Forschung und also auch wiederum mehr Forschungsförderung in diesem

Großbritannien 1989



picture alliance / empics

Es ist das zehnte Jahr des Thatcherismus, und es wird ein „Sommer der Unzufriedenheit“: Die Inflation liegt bei über 8 Prozent, steigende Zinsen lasten auf den Haushalten, die Beschäftigten fordern Lohnerhöhungen, immer neue Arbeitskämpfe flammen auf: Landesweit bleiben die Eisenbahnen in den Bahnhöfen, in London stehen U-Bahnen und Busse still, auch bei Medien wird die Arbeit niedergelegt. In über 50 Häfen stehen Streikposten, die Dockers sind empört, weil ein über 40 Jahre altes Abkommen zum Schutz von fast 10.000 Jobs von der konservativen Regierung gekündigt wur-

de (Foto: Gewerkschaftsführer Ron Todd – links – auf den Tilbury Docks). Viele erinnern sich an den „Winter der Unzufriedenheit“ von 1978/79, nach dem Labour die Wahlen gegen Thatcher verlor. Die brachte ihr radikal wirtschaftsliberales Umbauprogramm durch, nun sind die Folgen unübersehbar: Ungleichheit, geschwächte Gewerkschaften, Finanzialisierung der britischen Ökonomie. Thatcher wird noch bis 1990 im Amt sein, Labour kehrt erst 1997 an die Regierung zurück. Auf einem „neuen“ Weg unter Tony Blair, der von Thatchers Kurs so weit nicht mehr entfernt ist.

Bereich. Hilfreich wäre es zudem, wenn in den Schulen und der politischen Bildungsarbeit transnationale Forschungsperspektiven mehr Berücksichtigung finden würden. Das birgt auch Chancen. Etwa wenn Jüngere stärker eingebunden würden, deren Eltern 1989 noch in einem anderen Land gelebt haben und die erzählen könnten, welche Erfahrungen es dort rund um 1989 herum gab.

Was gerät bei der „disziplinären Trägheit“, von der Sie einmal gesprochen haben, beim Thema „1989“ aus dem Blick?

Vieles. Denken Sie beispielsweise an die vielen persönlichen oder politischen Beziehungen, die 1989 über nationale Grenzen hinausgingen. Oder daran, welche Rolle Proteste in einem Land für den Aufbruch in anderen Ländern gespielt haben. Wie konnten solche Dominoeffekte entstehen? Wir finden einerseits Ermutigung, etwa in der DDR durch die Ereignisse in Polen. Zugleich herrschte dort aber zunächst auch Angst vor der sogenannten „chinesischen Lösung“, also vor Gewalt durch den Staat gegen die Opposition. Hierzu mangelt es noch an einer systematischen Erforschung. Oft gibt es nur anekdotisches Wissen, das wissenschaftlich noch aufbereitet werden müsste.

Einerseits ist „1989“ geprägt von Ähnlichkeiten der Protestbewegungen, zugleich gibt es auch starke Unterschiede.

Keiner dieser nationalen Aufbrüche verlief genauso wie die anderen. Wir haben es von Fall zu Fall mit sehr unterschiedlichen Akteuren zu tun. Außerdem sind die einzelnen zeitlichen Verläufe nicht unbedingt ähnlich, ebenso wie die Wahrnehmungen des Wandels: Eine anfängliche Befreiungseuphorie konnte schnell umschlagen, etwa weil die ökonomischen Freiheiten nicht nur Positives, sondern neue soziale Ungerechtigkeiten mit sich brachten. Aber auch diese Risiken wirkten ja von Land zu Land unterschiedlich. Das macht eine klare Deutung von 1989 so schwierig.

Zum Beispiel?

Wir sprechen heute meist von einer friedlichen Revolution, aber das gilt natürlich nur für gewisse Regionen und Gruppen. 1989 kam es vielerorts zu Gewalt, etwa in China oder in Rumänien. Und auch danach: Die Nachfolgekriege im ehemaligen Jugoslawien zeigen eindringlich, warum sich „1989“ nicht einfach als friedlicher Übergang bezeichnen lässt. Ähnlich ist es beim Ende des Kalten Krieges, der als friedliches Ereignis natürlich bedeutend war. Gleichzeitig entstanden durch die neue Gemengelage in den 1990er Jahren auch

Jugoslawien 1989



Am 28. Juni 1989 sprach Slobodan Milošević vor Hunderttausenden Serben auf dem Kosovo polje, dem Amselfeld. Die einen sehen darin einen verhängnisvollen Schritt auf dem Weg in die Kriege, die Jugoslawien in den 1990er Jahren zerreißen sollten. Die anderen verweisen auf den propagandistischen Umgang mit der Rede im Westen, der auch seinen Anteil am Zerfall des Landes hatte. Die Krise der Föderation – 1989 kam der letzte Ministerpräsident Ante Marković ins Amt – ist auch eine Krise linker Geschichte: Mit der „Arbeitser selbstverwaltung“

und dem Bruch mit Moskau verfolgte der Bund der Kommunisten Jugoslawiens einen weltweit oft wohlwollend gesehenen eigenen Weg. Die linke Opposition gegen den Kurs des langjährigen Staats- und Parteiführers Josip Broz Tito brachte mit der Orientierung an einem „humanistischen Marxismus“ wichtige Anstöße für kritisches Denken. Daran kann eine nun sehr schwache Linke im postjugoslawischen Raum anknüpfen. Das Feld, auf dem sie sich bewegt, ist das der Langzeitfolgen von Staatszerfall, Krieg und neoliberaler Strukturreform.

sogenannte neue Kriege, der internationale Terrorismus kam auf, auch hier könnten wir nach Ursachen suchen, die etwas mit diesen Umbruchjahren zu tun haben. Oder die Vereinigung Europas, die immer wieder im Zusammenhang mit 1989 angeführt wird – sie hat eben auch zu neuen Spaltungen geführt, gerade in der EU-Grenzpolitik wird das heute immer wieder diskutiert.

Timothy Garton Ash hat 1989 einmal als ein „annus mirabilis“ bezeichnet, ein „Jahr der Wunder“. Ich würde Ashs Begriff eher mit „Wunderjahr“ übersetzen. Er bringt zum Ausdruck, dass sich vieles nicht so einfach und direkt erklären lässt. Warum kam eine Umbruchstimmung in vielen Ländern zur selben Zeit auf? Veränderungen in vielen Ländern Europas, aber auch in den USA, in der Sowjetunion – ja, die ganze Welt war involviert, und das setzte eine gemeinsame Dynamik frei. Von einer großen gemeinsamen Revolution kann man aber trotzdem nicht sprechen. Das wäre eine geschichtspolitische Konstruktion, die der Komplexität nicht angemessen wäre.

Gab es trotzdem eine Art „Zentrum“, von dem aus die Wellen sich bewegten?

Nein, davon kann man meines Erachtens nicht sprechen. Das heißt nicht, dass wir die jeweiligen Voraussetzungen für Entwicklungen in einzelnen Ländern übersehen dürfen. Natürlich gab es da Prozesse wie die Reformpolitik Gorbatschows, die deutliche Auswirkungen auf andere Länder hatten. Aber auch andere Ereignisse aus den Jahrzehnten zuvor waren von unterschiedlicher Bedeutung, etwa die Aufstände in Posen und der DDR in den 1950er Jahren, der Prager Frühling und die Charta 77, aber auch der KSZE-Prozess und die Ostverträge. Es ist ein komplexes System, das eine Dynamik entfesselte, die nicht so einfach in ein Bild zu bringen ist.

Welche Rolle spielt die Ökonomie bei diesem „globalen 1989“?

Eine sehr große, nicht nur in Bezug auf die Krisensituation in den osteuropäischen Staaten. Man muss die Wirkung von einschneidenden politischen Ereignissen, also situativen, raschen Veränderungen wie der Öffnung der Mauer, unterscheiden von langfristigen strukturellen Entwicklungen. „1989“ hat ökonomische Dynamiken beschleunigt und zugleich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Staaten verändert. Das lässt sich an der

unmittelbar anschließenden Transformationsperiode zeigen. Wir sehen beispielsweise eine Arbeitslosigkeit als Massenphänomen in Westeuropa schon seit den 1970er und 1980er Jahren, Osteuropa bleibt davon dann in den 1990er Jahren auch nicht verschont. Dem liegen auch ökonomische Verflechtungen zugrunde.

Und über den europäischen Rahmen hinaus? Was sind für Sie die wichtigsten Merkmale des internationalen Charakters von 1989?

Wir können danach fragen, wie Entwicklungen etwa in Südamerika oder in afrikanischen Staaten mit dem Ende des Kalten Krieges zusammenhängen. Es gibt recht offensichtliche Beispiele, bei denen wir die Verbindungen nachweisen können, etwa den Truppenabzug der kubanischen Truppen aus Angola, der einen ganz klaren Bezug zum Ende des Ost-West-Konflikts hatte. Es gibt aber auch Ereignisse, bei denen man das nicht so eindeutig sagen kann, beispielsweise das Ende der Apartheid in Südafrika. Es wurde dazu aber wenig systematisch geforscht. Oder der Kaschmir-Aufstand von Separatistengruppen gegen die indische Regierung, der 1989 ausbrach. Wir kennen Berichte, laut denen die Aufständischen dort durch Fernsehbilder aus Europa motiviert waren. Aber es gibt keine umfassende Untersuchung dazu.

Wenn wir von 1989 sprechen, wird das oft als Entwicklung „hin zum Westen“, zu seinen Werten, Institutionen gesehen. Als Angleichung oder Aufholen. Wie sehr wirken solche normativen Vorverstärker auf die Analyse des „globalen 1989“?

Die spielen eine große Rolle, weil sie ein falsches Geschichtsbild vermitteln. Wenn man sich beispielsweise den Mauerfall anschaut und die deutsche Einheit, wird schnell deutlich, dass beides häufig als ein gemeinsames Phänomen betrachtet wird. Dabei gerät aus dem Blick, dass beides zunächst einmal gar nicht so viel miteinander zu tun hatte. Zwischen dem November 1989 und dem Oktober 1990 war ganz vieles offen, es gab Ideen von einem Dritten Weg, einer demokratischen DDR, Vorschläge für eine gemeinsame neue Verfassung. Dass sich solche Alternativen nicht durchsetzten, lag an vielem, zum Beispiel am internationalen Zeitdruck, an der Politik Helmut Kohls. Aber es war keineswegs zwangsläufig.

Geschichte ist offen.

Ja, man muss sich die Offenheit der historischen Prozesse immer wieder vor Augen führen, um nicht schon normativ vorgefertigte Forschungsfragen zu stellen. Außerdem sollten wir mehr danach fragen, was sich für den Westen verändert hat. Auch dort hat „1989“ vieles in Gang gesetzt, beschleunigt, umgelenkt. Es gab lange die Vorstellung, der Westen sei der alte geblieben und der Osten hätte sich durch Modernisierung und Demokratisierung dem westlichen Modell angepasst. Dabei ist auch in Westeuropa einiges in die Brüche gegangen. Ein altes Weltbild wurde zerstört, das hatte Auswirkungen auf die eigene Wahrnehmung. Wir sprechen heute oft von der Verunsicherung der Ostdeutschen. Aber Verunsicherung gab es auch in Westdeutschland. Fragen wie „Wer sind wir noch, wenn wir uns nicht mehr

zum Osten hin abgrenzen können?“ standen im Raum. In der Forschung wurde das lange nicht thematisiert, inzwischen ändert sich das aber langsam.

Inwiefern?

Vor allem indem östliche und auch kritische Sichtweisen auf 1989 überhaupt diskutiert werden. Wir hören heute beispielsweise immer mehr über die Probleme der Transformationszeit, die Folgen der Treuhandpolitik und so weiter. Dadurch bricht ein altes, lange wirksames Narrativ auf – das vom erfolgreichen westlichen Modell, das gleich geblieben sei und dem sich der Osten mehr oder weniger erfolgreich angeglichen habe. Betroffene von damals oder Zeitzeugen fordern heute vehementer ein, dass auch ihre, also eine andere Erfahrung berücksichtigt wird. Inwiefern das zu einer „neuen Erzählung“ über 1989 führt, lässt sich noch nicht sagen. Wenn es gut läuft, könnte diese wachsende Kritik am alten, vom Westen dominierten Blick auf 1989 zu einer neuen, differenzierteren Sichtweise auf das Thema führen. In dieser würde 1989 mehr als Zentrum, als Beginn einer ganz komplexen Dynamik gesehen. Auch die Tatsache, dass Entwicklungen in vielen Regionen auch grenzüberschreitend aufeinander bezogen waren, würde deutlicher betont. Es kann aber auch sein, dass sich eine neue vereinfachende und unzutreffende Sichtweise durchsetzt, beispielsweise die, dass westliche Eliten den Transformationsprozess ausschließlich zum eigenen Nutzen und unter Ausnutzung der östlichen Bevölkerung gelenkt hätten. Aus wissenschaftlicher Perspektive wäre darauf zu drängen, hier differenzierter zu bleiben – und verschiedene, ja vielleicht sogar widersprüchliche Sichtweisen zuzulassen.

Wie würden Sie die Entwicklung der Welt seit 1989 bilanzieren?

Es hat sich zumindest gezeigt, dass die Behauptung von einem „Ende der Geschichte“ im Sinne eines Sieges der westlich-liberalen Demokratie völlig naiv war. Die Annahme, die Welt würde nun einfacher, überschaubarer werden, weil der Ost-West-Gegensatz wegfällt, war falsch. Wir haben es heute mit neuen Fragen, neuen Problemen zu tun, einige davon haben ihre Ursachen auch in den Jahren um 1989 oder wurden durch den komplexen Umbruch beschleunigt.

Sie spielen auf die neuen Krisen an?

Wir sprechen heute viel von Krisen, von der Klimakrise, der Flüchtlingskrise, der Finanzkrise, der Krise der Demokratie und so weiter. Krisennarrative beherrschen geradezu die Wahrnehmung. Aber vor 30 Jahren hat es auch schon Krisen gegeben. Sie hatten damals vielleicht nicht solche Prominenz wie heute. Abgesehen davon ist es schwierig zu beantworten, welche der gegenwärtigen Probleme unmittelbar mit den Ereignissen rund um 1989 zu tun haben. Was man sagen kann: Durch die Veränderungen damals wurden Prozesse verstärkt, die Welt ist „näher zusammengerückt“, das verschafft den Problemen und Entwicklungen oft eine größere geografische Reichweite. Und wir sehen heute vieles nicht mehr so vereinfacht, wie wir das 1989 getan haben.

Rückkehr des Schreckens

Friedensdividende? Das Ende der Ost-West-Konfrontation hat zu einem Rückgang der Militärhaushalte geführt – aber nur vorübergehend.

Von Kim Schröther

Ob das Glas in dieser Hinsicht halb voll oder halb leer ist, hängt davon ab, wie man auf das Thema blickt: die nach 1989 erwartete Friedensdividende. Der „Kalte Krieg“ war erstens so kalt nicht, wie die vielen blutigen Stellvertreterkonflikte zeigen. Und vor allem ging er mit einem völlig überhitzten Wettrüsten einher, von dem man immerhin sagen kann, dass dabei das „Gleichgewicht der Kräfte“ erhalten wurde – es wurde nicht umsonst auch „Gleichgewicht des Schreckens“ genannt. Mit dem Ende der großen Blockkonfrontation waren deshalb große Hoffnungen verbunden – auf Abrüstung, auf frei werdende Mittel, die in zivile, sinnvolle Projekte gesteckt werden konnten.

Und in der Tat: Heute gibt es weltweit weniger Panzer, Militärflugzeuge und Soldaten unter Waffen. Einerseits. Andererseits ist oft zu lesen, die Friedensdividende sei „aufgezehrt, das politische Vertrauenskapital zwischen Ost und West fast vollständig aufgebraucht“: neue Rüstungsrunden, Diskussionen über die Erhöhung der Militärausgaben, neue Konflikte. Laut den jüngsten Zahlen des Stockholmer Instituts SIPRI wurden 2018 global 1.822 Milliarden US-Dollar in Rüstungsgütern investiert.

Der Weg von 1989 – teils auch schon in den Abrüstungsrunden zuvor begangen, die wohl nicht zuletzt der ökonomischen Schwäche der Sowjetunion zu verdanken waren, die das Wettrüsten wirtschaftlich nicht mehr durchhielt – lief auf eine drastische Reduzierung der Rüstungsetats und Truppenstärken hinaus.

Für die Bundesrepublik sanken die Militärausgaben nach dem Ende des Kalten Krieges zehn Jahre lang jedes Jahr, auch absolut schrumpfte der Verteidigungsetat. Die Abrüstungsmaßnahmen ließen in Großbritannien den Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt von 5,3 Prozent (1984/85) auf 2,9 Prozent (1996/97) sinken. Und noch ein Beispiel: Durch die Verstromung von 500 Tonnen einst sowjetischen Atomwaffenmaterials deckten die USA 20 Jahre lang zehn Prozent ihrer Elektrizitätsgewinnung ab, Russland erhielt im Gegenzug 17 Milliarden US-Dollar.

Doch schon 1989 hatte der damalige US-Präsident George Bush erklärt, eine Friedensdividende werde es nicht geben. „In Washington rüsten Kongress, Regierung und Lobbyisten zur Schlacht um die Verteilung der Summen, die in den nächsten Jahren am Verteidigungshaushalt eingespart werden sollen“, meldete damals der „Spiegel“ über die schon startenden Verteilungskämpfe. Doch Bush senior sah darin wohl zu hohe Erwartungen.

Knapp zehn Jahre später bilanzierte Michael Dedeck vom Bonn International Center for Conversion den Stand der Dinge. Einerseits habe der Rückgang der weltweiten Militärausgaben um mehr als 30 Prozent zwischen 1987 und 1994 „enorme finanzielle Mittel für die zivile Verwendung“ freigesetzt. Andererseits seien die „Hoffnungen auf eine direkte Friedensdividende für nachhaltige und soziale Entwicklung“ fast

„genauso schnell enttäuscht“ worden. Frühere Militärausgaben wurden kaum zu Sozialausgaben oder Entwicklungshilfe umgewidmet. Stattdessen sei ein großer Teil der Einsparungen „außerhalb des öffentlichen Sektors verwendet“ worden. Einerseits.

Wichtig sei, so Dedeck damals in der Fachzeitschrift „Wissenschaft & Frieden“, ein genauerer Blick. Denn das „an sich so positive Ergebnis verliert enorm an Gewicht, wenn man den Einfluss der Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa isoliert: Klammert man die Staaten aus Zentral- und Osteuropa sowie die Neuen Unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion aus der Betrachtung aus, so sinkt selbst in 1992, dem Jahr der stärksten globalen Kürzungen der Militärausgaben (12,6 Prozent verglichen mit 1991), die Reduktion auf vernachlässigbare 0,7 Prozent.“

Andererseits bleibe unter dem Strich doch, dass „das Ende der Ost-West-Konfrontation, die gravierenden Zwänge zu ökonomischer und politischer Transformation in den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes und die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte in den westlichen Industrieländern“ zumindest zu Beginn der 1990er Jahre zu einem verstärkten Rückgang der Militärhaushalte geführt hätten.

Für die Bundesrepublik hat Hubertus Bardt vom unternehmensnahen Institut der deutschen Wirtschaft die Einsparungen ausgerechnet. Insgesamt belaufe sich „die deutsche Friedensdividende in Form von reduzierten Verteidigungsaufgaben gegenüber 1990 auf 419 Milliarden US-Dollar“. Anders formuliert: Würde man das Verteidigungsbudget heute auf das absolute Niveau von 1990 anheben wollen, „müsste der Verteidigungshaushalt um ein Drittel ansteigen“. Und auch bei der Bertelsmann Stiftung heißt es, „seit 1989 und dem Ende des Kalten Krieges profitierten die Europäer von der sogenannten Friedensdividende. Die meisten von ihnen reduzierten ihre Defizitfinanzierung auf deutlich unter die vereinbarten zwei Prozent des Bruttosozialprodukts.“

Genau darum wird seit einigen Jahren gestritten. Neue regionale Konfrontationen, neue sicherheitspolitische Herausforderungen, neue Kriegsparteien werden als Argumente in dieser Debatte herangezogen. Lauter geworden sind aber auch die Rufe, die angesichts dessen die Verhinderung einer neuen Rüstungsspirale als vorrangiges Ziel der internationalen Politik einfordern. „Deutschland sollte keine Waffen mehr exportieren“, fordert etwa Jan van Aken. „Denn jede Waffe findet ihren Krieg. Alle 60 Sekunden wird irgendwo auf der Welt ein Mensch erschossen. Das sind 500.000 Männer, Frauen und Kinder jedes Jahr.“ Und die Bundesrepublik gehört zu den größten Rüstungsexporturen der Welt.

In der „Argumente“-Reihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist Ende 2018 das Bändchen „Kein Panzer geht in Kriegsgebiete“ erschienen, in dem über „Irrtümer und Mythen über Waffenexporte“ aufgeklärt wird. Bestellungen über rosalux.de/publikationen/

Chile 1989



picture-alliance / dpa

Die Demokratie triumphiert in Chile über die Kaserne, so optimistisch klang das in einer Ausgabe des „Spiegel“ von 1988 – ein Jahr später konnten nach Jahren der Pinochet-Diktatur die ersten freien Präsidentschaftswahlen stattfinden. Am 14. Dezember 1989 siegte Patricio Aylwin, der Kandidat eines großen Mitte-links-Bündnisses aus Christdemokraten, Liberalen, Sozialdemokraten und Sozialisten. Chile war nicht allein auf diesem Weg: In den 1980er Jahren hatte sich Uruguay gegen die Knebelung der Demokratie zur Wehr gesetzt, in Brasilien wurde versucht, die militärische Bevormundung zu überwinden, Peru und Ecuador erlebten Wahlsiege gegen die dort herrschenden Generäle, in Argentinien leiteten Massenproteste gegen die Diktatur die Demokratisierung ein. Dass sich nicht alle damals geweckten Hoffnungen erfüllten, lässt sich wiederum an Chile gut zeigen: Das Land blieb ökonomisch und sozial gespalten. Fast alles ist privatisiert, gute Bildung oder Gesundheitsversorgung hat nur, wer es sich leisten kann. Der chilenische Sozialist und Diplomat Gabriel Gaspar hat einmal gesagt, Chile sei das „Nordkorea des Neoliberalismus“. Das stand nicht auf der Liste der demokratischen Träume von 1989.



picture-alliance / dpa

Kein glückliches Ende

Die Zahl der Demokratien ist gewachsen.
Doch es mehren sich Probleme

„Die Welt von 1989 hat uns mehrdeutige Vermächtnisse und keine Meistererzählung hinterlassen“, so hat es einmal Jacques Runkin formuliert. Heute wird nicht zuletzt beim Blick in jene Länder beklagt, wie sich Entdemokratisierung und autoritäre Trends durchsetzen. Oder, wie der Historiker Martin Sabrow sagt: Angesichts der Lage lesen wir „1989“ auch „nicht mehr allein als eigentlichen Fluchtpunkt des 20. Jahrhunderts, das nach dem Durchgang durch Diktaturen und Katastrophen an sein glückliches Ende gekommen ist“. Abzulesen ist dies nicht zuletzt an der Entwicklung diverser Indizes, die Auskunft über den globalen Stand der Demokratie geben sollen. In diesem Jahr meldete der Thinktank Freedom House, dass in den letzten 13 Jahren, von 2005 bis 2018, weltweit ein „Rückgang der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten verzeichnet“ werden musste. Nicht nur sank der globale Durchschnittswert, es wuchs auch die Zahl der Länder stärker, in denen neue Demokratiedefizite zu beobachten waren.

Nicht allein der Autoritarismus-Experte Wolfram Schaffar hat auf die beschränkte Aussagekraft solcher Indizes kritisch verwiesen. So sei das „zugrundeliegende (neo-)liberale Demokratieverständnis“ problematisch, es würden ökonomische Fragen ausgeblendet und zum Beispiel Strategien staatlicher Regulierung als „illiberal“ eingeordnet. „Trotz aller Beschränkungen“ könnten diese Indizes aber „eine Tendenz“ abbilden. Und diese wird auch von kritischer, linker Seite nicht bezweifelt: Es scheint, als steuere die Welt nach 1989 eben nicht auf ein demokratiepolitisches „glückliches Ende“ zu. Ähnlich sieht es der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel, der die verschiedenen Demokratie-Indizes auch eher positiv einschätzt. Nicht zuletzt, weil mit ihnen eine Messung der Entwicklung der Demokratie über längere Zeiträume hinweg möglich wird.

Nimmt man die Daten von Freedom House zur Hand, sind zwei Entwicklungen bemerkenswert. Wurde für 1989 noch angegeben, dass nur 41 Prozent der Staaten weltweit Demokratien seien, ging deren Anteil bis 1997 steil nach oben – auf 61 Prozent. Seitdem oszilliert der Wert um diesen Stand. Das Ende der als „real existierend“ bezeichneten Staaten und ihrer Satelliten brachte also ein starkes Plus, aber der Trend ist keineswegs linear. Seit einiger Zeit, siehe die aktuellen Befunde von Freedom House, stünde das Demokratische insgesamt unter wachsendem Druck eines neuen Autoritarismus. Auch laut dem Index der Analysefirma Economist Intelligence Unit (EIU), der vor allem den Stand von Wahlverfahren und Pluralismus, der Arbeitsweise von Regierungen, von politischer Teilhabe, politischer Kultur und Bürgerrechten einbezieht, geht die Kurve seit 1989 nicht einfach bloß gerade nach oben. Die EIU teilt die Staatenwelt in vollständige und unvollständige Demokratien, Mischformen aus Autokratie und Demokratie sowie autoritäre Regime.

In dem für 2018 einschlägigen Demokratie-Index sind die „unvollständigen Demokratien“ schon die größte Gruppe – es handelt sich um 55 Staaten, in denen etwa 43 Prozent der Weltbevölkerung leben. Und unter denen auch die USA gelistet sind. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in Diktaturen oder in Ländern mit einer Mischung aus Autokratie und Demokratie. „Demokratie weltweit weiter unter Druck“, so lautete die Schlagzeile eines Berichts über den Index. Die nächsten EIU-Zahlen sind für Anfang 2020 geplant. Vincent Körner

„Das war für uns eine dramatische Wende“

Saeed al-Gariri im Gespräch über die Ereignisse von 1989/90 aus südjemenitischer Perspektive



Foto: pphnet

Dr. Saeed al-Gariri ist Vorsitzender des Literaten- und Schriftsteller-Verbands in al-Mukalla (Hadramaut, Südjemen) und ehemaliger Professor für Literatur und Literaturkritik an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hadramaut. Er lebt seit 2014 in den Niederlanden. Das Interview wurde von Anne-Linda Amira Augustin geführt und vom Arabischen ins Deutsche übersetzt. Augustin ist Referentin in der europäischen Auslandsvertretung des Südjemen in Berlin. Sie hat an der Philipps-Universität Marburg zu Generationsbeziehungen innerhalb der Südbewegung und alltäglichem Widerstand im Südjemen promoviert. Der Südjemenübergangsrat bildete sich 2017 als Teil der Südbewegung heraus und arbeitet als regierungsähnliche Organisation auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene für die Wiedererlangung eines unabhängigen Staates.

Was geschah im Südjemen 1989/90? Waren die Umbrüche in Deutschland und Osteuropa auch im Südjemen zu spüren? Welche Gedanken, Hoffnungen oder Sorgen hatten Sie damals?

Die Volksdemokratische Republik Jemen, auch als Südjemen bekannt, entstand 1967 nach über vier Jahren des Unabhängigkeitskampfes gegen die britische Kolonialmacht. Die Briten herrschten 129 Jahre lang in Südarabien, so nannte man das Gebiet unter den Briten. Nach der Unabhängigkeit orientierte sich die Nationale Befreiungsfront wesentlich stärker als andere arabische Staaten an der Sowjetunion und den Ostblockstaaten und verfolgte eine marxistisch orientierte Politik. Der Südjemen war eine Ausnahme auf der Arabischen Halbinsel, umgeben von konservativen Monarchien. Ende der 1980er Jahre leitete Gorbatschow die Perestroika und Glasnost ein. Die Geschehnisse in der Sowjetunion beobachtete man in Aden mit Sorge, schließlich ging es hier um den engsten Verbündeten des Südjemen. Osteuropa war uns politisch näher als beispielsweise unser Nachbar Saudi-Arabien, und wir träumten davon, Sozialismus und soziale Gerechtigkeit umzusetzen. Die dortigen Veränderungen gaben Anlass zur Sorge um die Zukunft unseres Staates und unserer Menschen, weil wir zusammen ein politisches Lager bildeten. Schließlich brach die Sowjetunion zusammen, was Panik innerhalb der Jemenitischen Sozialistischen Partei, der Einheitspartei unseres Staates, auslöste. Zusätzliche eigene interne Konflikte in der Partei führten zum Vorhaben der Einheit mit der Jemenitischen Arabischen Republik, auch als Nordjemen bekannt.

Warum und wie kam es zu der Vereinigung zwischen beiden Staaten?

Die Einheit basiert auf historischen, politischen und ideologischen Irrtümern. Bis zum 30. November 1967, dem Tag der Unabhängigkeit von Großbritannien, wurde das Gebiet, das später die Volksdemokratische Republik Jemen werden sollte, Südarabien genannt. Zu dieser Zeit waren diejenigen, die für einen unabhängigen Staat gegen die Briten kämpften, sehr von der ägyptischen Revolution am 23. Juli 1952 unter Führung von Gamal Abdel Nasser beeinflusst, welche die Einheit der arabischen Nation anstrebte. Man muss den Wunsch nach dieser Einheit im Kontext der westlichen Kolonialzeit im Nahen Osten und in Nordafrika verstehen. In Südarabien war man von national-arabischen Emotionen beeinflusst. Aus diesem Grund hat die Nationale Befreiungsfront den Staat 1967 Volksrepublik Südjemen und ab 1969 Volksdemokratische Republik Jemen genannt und damit „Jemen“ in die Staatsbezeichnung aufgenommen. Seit diesem Tag spricht man von zwei Jemen: Nord- und Südjemen. Südarabien, das unter britischer Herrschaft stand, gehörte nicht zum Jemen. Diese ideologischen und politischen Fehler führten zur Einheit 1990 – eine

Einheit, die beiden Völkern in Nord und Süd nichts Gutes brachte.

Was bedeutete die jemenitische Einheit für viele Südjemeniten im Jahr 1990?

Für viele Menschen im Südjemen bedeutet die jemenitische Einheit im Rückblick den Verlust der Heimat, der Würde, der Freiheit und der Zukunft. Ursprünglich freute sich die Bevölkerung 1990 auf die Einheit. Die Menschen waren von der Idee der arabischen Einheit beeinflusst, die alle Lebensbereiche in der Volksdemokratischen Republik Jemen durchzog. Vor der Einheit war zum Beispiel das gesamte Schulsystem von der Idee der Einheit beeinflusst, beim Schulmorgenappell riefen die Kinder, dass sie an der Umsetzung der Einheit arbeiten würden. Die Einheit wurde den Kindern von klein auf als Ideal eingebläut. Nach jedem Grenzkonflikt mit dem Norden wurde im Friedensabkommen die Einheit als langfristiges Ziel festgeschrieben. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Bevölkerung sich freute, als es dann 1990 zur Einheit kam. Die Menschen waren voller Erwartungen und Hoffnungen auf eine prosperierende Zukunft. Die Einheit versprach Fortschritt und Entwicklung für beide Länder. Allerdings kam alles anders, und die Freude der Menschen währte nicht lange. Es begann mit Ermordungen von Mitgliedern der sozialistischen Partei. Fast 200 Mitglieder wurden in den ersten Jahren nach der Einheit ermordet. 1994 kam es zum Krieg. Der Süden wollte wieder unabhängig werden. Allerdings verlor der Süden den Krieg. Hunderttausende Soldaten und Staatsangestellte aus dem Süden wurden in den Ruhestand gezwungen. Ländereien, die vorher in staatlichem Besitz waren, wurde von Eliten und Generälen aus dem Norden vereinnahmt. Die Eliten in Sanaa profitierten von den Öleinkünften, obwohl das Öl zu 80 Prozent im Süden liegt. Es veränderte sich alles.

Wie entwickelte sich alles weiter, vor allem nach dem Krieg von 1994?

Nach 1990 wurden alle Gesetze des Südens den Gesetzen des Nordens angepasst und unsere sozialen Errungenschaften abgeschafft. Ich nenne zwei wichtige Beispiele, die einen enormen Einfluss auf das soziokulturelle Leben im Südjemen hatten. Erstens hat man 1992 das Familiengesetz des Südens abgeschafft, das in den 1970er und 1980er Jahren als das progressivste in der arabischen Welt galt. Frauen hatten weit gehende Rechte und konnten allen Berufen nachgehen. Die ersten Richterinnen auf der Arabischen Halbinsel kamen aus dem Südjemen, genauso wie Pilotinnen und Fallschirmjägerinnen. Zweitens griff man ins Bildungssystem ein. Unser Bildungssystem war nach dem Vorbild der sozialistischen Staaten aufgebaut. Wir erhielten viel Unterstützung von Beratern aus dem Ostblock, besonders aus der DDR. Nach der Einheit schaffte man das Schulsystem

Jemen 1989

„Der Traum ist wahr geworden“, rief der ältere Mann in Sanaa den Jüngeren zu. Sie würden „es einmal besser haben als wir“. So erinnert sich der Dichter Ali al-Muqri, geboren 1966 im Nordjemen, an die Zeit der Wiedervereinigung des Landes vor 30 Jahren. Nach dem Rückzug der britischen Kolonialmacht hatte sich der Süden in Richtung Sowjetunion orientiert; der osmanisch geprägte Norden wurde zur Arabischen Republik. Die am 30. November 1989 verkündete Einheit hätte vielen Jemenit*innen das Gefühl gegeben, „dass nun auch ihre Mauer für immer verschwunden sei. Mit der Zeit aber merkten sie, dass es im Jemen nicht nur eine Grenze gab, sondern viele unsichtbare Mauern“, so Ali al-Muqri. Vier Jahre nach dem Vollzug der Vereinigung eskalierten die Konflikte zwischen dem Norden und dem Süden 1994 erneut – nicht nur im Hafen von Aden schlug Artilleriefeuer ein (Foto). Seither sorgen Bürgerkrieg, Rebellenmacht und seit 2015 eine saudi-arabisch geführte Militärintervention für Leid.



picture-alliance / dpa

tem des Südens ab und führte ein Schulsystem ein, das weitgehend auf dem des Nordens beruhte. Seitdem durchzogen religiöse Inhalte die Bildung. Alle Bezüge zu zwei unabhängigen Staaten vor der Einheit sowie den sozialen Errungenschaften des Südens wurden aus den Lehrbüchern gestrichen. Hinzu kam nach der Einheit, dass die Korruption zunahm. Die Menschen fühlten sich wie Bürger zweiter Klasse. Es begann die Zeit der Besetzung des Südjemen nach dem Krieg von 1994. 2006 begann sich der Widerstand gegen die Unterdrückung zu mehren und zu organisieren. 2007 entstand die sogenannte Südbewegung, ihre Basis waren vor allem die Zwangsruehständler und junge Arbeitslose. Die Bewegung wurde brutal von den Sicherheitskräften des ehemaligen Präsidenten Ali Abdullah Salih niedergeschlagen. Aber man ließ sich nicht mundtot machen. Je mehr die Repression zunahm, desto mehr Zulauf erhielt die Bewegung aus der Bevölkerung. Die Bewegung fordert bis heute die Wiedererlangung unseres Staates.

Wie wird diese Zäsur heute im Südjemen oder auch in der südjemenitischen Diaspora wahrgenommen? Was denken Sie, wie besonders Frauen und junge Menschen heute auf die Einheit blicken?

Die Mehrheit der Menschen betrachtet die Einheit als einen nicht enden wollenden Albtraum, mit Ausnahme einiger weniger. Gerade die Frauen wurden nach der Einheit enorm in ihren Rechten beschnitten. Sie sind deshalb sehr stark in der Südbewegung vertreten. Ebenso die jungen Menschen. Ihnen wurde die Zukunft geraubt. Die südjemenitische Diaspora unterstützt die Bestre-

bungen nach Unabhängigkeit im Land und ist im Ausland sehr aktiv.

Was ist aus der sozialistischen Einheitspartei der Volksdemokratischen Republik Jemen geworden?

Nach der Einheit wurde die südjemenitische Bevölkerung von Teilen der konservativen Elite des Nordens als ungläubige Marxisten diffamiert. Kader der Partei wurden ermordet, fast 200 Menschen. Im Krieg von 1994 wurde ein Rechtsgutachten von ultrakonservativen Gelehrten des Nordens veröffentlicht, in dem die Ermordung der südjemenitischen Bevölkerung legitimiert wurde, da sie ungläubige Sozialisten und vom Islam Abtrünnige seien. Man bedient sich bis heute solcher Rechtsgutachten, zuletzt erst im August 2019. Im August war das Gutachten gegen den Südübergangsrat und seine Anhänger gerichtet. Die Mehrheit der südjemenitischen Mitglieder der Jemenitischen Sozialistischen Partei ist vor einigen Jahren bereits ausgetreten und hat sich der Südbewegung angeschlossen.

Was bedeuten die Ereignisse von 1989/90 für die Südjemeniten heute? Und was bedeutet es Ihnen?

Die Ereignisse von 1989/90 bedeuten für uns eine dramatische Wende. Wir verloren unseren strategischen Verbündeten, was dazu beitrug, dass wir mit einem rückständigen System, das von Stammesmentalität geprägt ist, eine Einheit eingingen. Dieses System unter Ali Abdullah Salih dachte nicht daran, in den Menschen und seine Zukunft zu investieren, sondern dachte nur an die eigene Bereicherung mittels Unterdrückung des Volkes.

Der polnische Impuls

In Polen ging es seit Anfang der 1980er Jahre immer stärker um Meinungsfreiheit, Demokratie und Versammlungsrecht. Gorbatschow griff dies auf. Von Holger Politt

Im Dezember 1989 kam es am Rande einer der letzten großen politischen Tagungen der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrags in Moskau zu einem kurzen Gespräch zwischen Michail Gorbatschow und Mieczysław F. Rakowski, die sich beide seit mehreren Jahren sehr schätzten und unterstützten. Gorbatschow ermunterte seinen polnischen Kollegen, er solle daran denken, dass „unsere sozialistischen Ideen“ eine Zukunft hätten. Rakowski antwortete ernüchternd, dass die Ideen eine solche womöglich noch hätten, nicht mehr aber die beiden Gesprächspartner.

Wenige Tage später, Ende Dezember 1989, traf sich Rakowski in Warschau mit Lech Wałęsa, damals Chef der Solidarność-Gewerkschaft, der wohl einflussreichsten antisowjetischen Kraft im damals zusammenbrechenden sowjetischen Einflussbereich östlich der Elbe, die seit Sommer 1989 mit Tadeusz Mazowiecki bereits den Ministerpräsidenten stellte. Wałęsa forderte kurz, das Kapitel des sowjetischen Staatssozialismus in Polen für immer zu schließen, mit einem Deckel obendrauf, und niemandem mehr zu erlauben, den erneut anzuheben.

Der 63-jährige Rakowski, seit Juli 1989 Erster Sekretär des Zentralkomitees der Staatspartei PVAP, gab im Januar 1990 alle Parteifunktionen auf, zog sich aus der laufenden Politik zurück und veröffentlichte bis 2005 ein zehnbändiges politisches Tagebuch, die Zeit von 1958 bis Anfang 1990 umfassend, das seitdem eine verlässliche Quelle für die politische Geschichte der VR Polen geworden ist. Rakowski stand als langjähriger Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Polityka“ frühzeitig in dem Ruf, ein unverbesserlicher „Reformer“ zu sein, der in der Bundesrepublik viel gelobt wurde und große Anerkennung fand, bis hinein in die höchsten Kreise, der von offizieller Seite im anderen deutschen Staat indes mit Argusaugen beobachtet wurde, in dem die auf polnischen Erfahrungen gegründete Suche nach Möglichkeiten der grundlegenden Reformierung des nach 1945 entstandenen politischen Systems als eine die eigenen Machtgrundlagen gefährdende Abweichung von der Linie angesehen wurde. Die Rückendeckung für die zurückweisende Haltung lieferte verlässlich Moskau, wo erst unter Gorbatschow in Rakowski zunehmend

ein wichtiger politischer Verbündeter gesehen wurde.

Der Wechsel vom Redaktionssessel in die Politik erfolgte rasch, als der neuberufene Ministerpräsident Wojciech Jaruzelski Anfang 1981 einen zuverlässigen Mann für die Regierungskontakte zu den Gewerkschaften suchte und Rakowski zum stellvertretenden Ministerpräsidenten machte.

Frühzeitig hatte Rakowski im Sommer 1980 erkannt, dass die sich erhebende Streikwelle von einem in den sozialistischen Ländern bis dahin unbekanntem Ausmaß einen eminenten politischen Charakter trug. Die Zeit der Alleinherrschaft der PVAP sei vorbei, denn die Forderungen der Streikenden nach Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit seien ernst zu nehmen und müssten ihren entsprechenden Ausdruck in der gesamten Ausrichtung des Staates finden – bis hin zu einer den herrschenden geostrategischen Bedingungen angepassten Machtteilung. Nicht das Handeln der politischen Gegner sei das gefährliche Moment in der entstandenen Situation, sondern der enorme Vertrauensverlust seitens der Gesellschaft gegenüber den Regierenden, der eingetreten sei.

Die Ausrufung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 empfand Rakowski als eine schmerzhafteste Niederlage, denn die Regierungsseite hatte es in den Monaten seit dem Sommer 1980 nicht vermocht, gemeinsam mit dem immer triumphierender auftretenden politischen Gegner einen Ausweg aus der entstandenen Lage zu finden. Für den Redakteur, der in die Politik gewechselt war, gab es keinen Zweifel, dass der Einsatz der militärischen Kräfte ein Zeichen für die Schwäche des ganzen Systems war, das in Polen seit 1944/45 herrschte.

Dennoch blieb Rakowski ein Parteigänger General Jaruzelskis, wollte nun den zweiten Anlauf unter freilich anderen Bedingungen ermöglichen, um das grundlegende Ziel zu erreichen – die tiefgreifende Reform des herrschenden politischen und gesellschaftlichen Systems. Einige Monate später notierte Rakowski in sein Tagebuch, dass die Vorgänge in Polen das gesamte sozialistische Lager betrafen, das nur ein Dummkopf noch meinen könne, es handle sich um ausschließlich polnische Angelegenheiten. Nötig seien, so das klare Signal aus Polen, tiefgreifende Refor-

men vor allem in der Sphäre der Freiheit von Wort und Druck.

Entfernt erinnerte die Einführung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 an die Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961: Im Schatten des aus Sicht der machterhaltenden Interessen wohl nötig gewordenen und nun mit Machtmitteln durchgesetzten Schutzes sollte ein Weg zur Normalisierung, zur Stabilisierung der ins Rutschen gekommenen gesellschaftlichen Verhältnisse erreicht werden.

In Polen ging es nach 1981 bereits immer stärker um die Frage, wie Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit uneingeschränkt durchgesetzt werden könnten, ohne das gesellschaftliche System als solches infrage zu stellen. Wenn heute genauer hingesehen wird, so fällt auf, dass erst Gorbatschow diesen Impuls aufgriff und als einen Wegweiser für die von ihm gewollten Reformen verstand. Zur gleichen Zeit machte die DDR-Führung eine Rolle rückwärts, verklärte die Vorgänge östlich von Oder und Neiße noch einmal zu ausschließlich polnischen Angelegenheiten, die keinerlei positive Bedeutung hätten für die Zukunft des gemeinsamen gesellschaftlichen Systems.

Als Ministerpräsident seines Landes führte Rakowski ab September 1988 die Entwicklung konsequent zu den Gesprächen am Runden Tisch, an dem der Weg geebnet wurde zu einer friedlichen Machtteilung mit dem politischen Gegner, so dass auch der große Traum von den drei bürgerlichen Grundfreiheiten innerhalb des sozialistischen Systems zum Greifen nahe schien. Doch schneller als erwartet trieben die Wellen des politischen Sturms von 1989 auch Rakowski beiseite, denn als frischgebackener Erster Sekretär der einst mächtigen Staatspartei PVAP war er bereits ein politisch geschlagener Mann.

In diesem Moment erlebte nebenan die DDR die große Freiheitsstunde, die das kleine Land zugleich in den Untergang riss. Als Gorbatschow, Rakowski und die an Kraft gewinnende Freiheitsbewegung in der DDR für einen kurzen Moment im Gleichtakt zu laufen schienen, waren die Messen für das politische System bereits gesungen.

Holger Politt leitet das Warschauer Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Polen 1989



picture-alliance / dpa

Ein Bild, in dem viel von Polens Geschichte der 1980er Jahre steckt: Lech Wałęsa im Gespräch mit Wojciech Jaruzelski, Bronisław Gerek und Mieczysław Rakowski (von links). Als der Gewerkschafter Wałęsa 1981 mit seiner Solidarność international Bekanntheit erlangte, war Jaruzelski gerade Ministerpräsident und Chef der Staatspartei PVAP geworden. Sein Versuch, per Kriegsrecht den wachsenden Einfluss der oppositionellen Solidarność zu brechen, misslang. Zwar wurde die Führungsspitze in Gdańsk verhaftet, doch die Gewerkschaft blieb im Untergrund aktiv. Da sich die Versorgungslage weiterhin verschlechterte, versuchte die Regierung, die Bevölkerung für Wirtschaftsreformen durch Beteiligung zu ge-

winnen – die erste Volksabstimmung endete 1987 mit einer klaren Niederlage für die Staatspartei. Nach zwei Streikwellen 1988 versuchten Reformkräfte, mit Zugeständnissen an die Opposition die Dauerkrise zu überwinden. Im Februar 1989 begannen Gespräche am Runden Tisch, bei teilweise freien Wahlen erzielte Wałęsas Organisation starke Erfolge. Jaruzelski bleibt aufgrund des Kompromisses vom April 1989 noch bis Ende 1990 Staatspräsident. Sein Nachfolger: Lech Wałęsa. Als Gewerkschaft verlor Solidarność danach bald an Einfluss. Heute sind in Polen nur noch rund 15 Prozent der Beschäftigten in einer Gewerkschaft organisiert – einer der geringsten Werte in Osteuropa.

„... schlagen in Fesseln derselben um“

Das „globale 1989“ und die Produktionsweise: Wie lässt sich das Schwellenjahr mit der Ökonomie erklären? Von Tom Strohschneider

Ein kritischer Rückblick auf das „globale 1989“ sollte sich von zwei Verengungen frei machen: Erstens lässt sich die gesamte Dimension dieses „Schwellenjahres“ (Georg Fülberth) kaum begreifen, wenn man darunter vor allem oder gar nur den politischen Kollaps der sich sozialistisch nennenden Staaten versteht. Schon diesem – in seinen Ausprägungen vielgestaltigen – Umbruch liegt nicht nur das Drängen nach Demokratie, freier Entfaltung, pluralistischer Öffentlichkeit zugrunde. Zusammengebrochen sind damals nicht nur autoritäre Regime, sondern auch defekte, entwicklungsgehemmte Ökonomien. Der Verlust der Legitimation der jeweiligen Staatspartei-

en im Osten hatte ganz vordergründig auch damit zu tun.

Eine zweite Verengung wäre es, das „globale 1989“ auf den osteuropäischen oder realsozialistischen Kontext und die weltweiten Auswirkungen der gravierenden Veränderungen dort zu beschränken. Erstens waren die osteuropäischen Staaten in eine schon damals immer globaler werdende kapitalistische Gesamtrealität eingebettet. Zweitens existierte ja bereits zu der Zeit auch der „globale Westen“, gespalten in einen „Süden“ und einen „Norden“ – und auch dort traten tiefgreifende, vielfältige politische Veränderungen an die Oberfläche.

So liegt also die Frage nach einer gemeinsamen, politökonomischen Triebkraft dieser Entwicklungen nahe. „Bereits auf der Ebene der internationalen Ordnung könnten die Veränderungen kaum dramatischer sein. Wenn die UdSSR aus der Geschichte ausgeschieden ist, wenn im Gefolge ihres Untergangs die staatlichen Formierungen nationaler Befreiung und Entwicklung fast durchgängig zusammengebrochen sind, wenn die Volksrepublik China diesem Schicksal dadurch entgangen ist, dass sie in jähem Kurswechsel zu einer passiven Revolution kapitalistischer Entwicklung bei kommunistischer Parteiherrschaft übergegangen ist, wenn der fast al-

ternativlose Kapitalismus sich globalisiert hat – all diese Erdbeben in den politisch-sozialen Regionen sind Auswirkungen der untergründigen Kontinentaldrift der Produktionsweise, deren Folgen wiederum unmittelbar als neue Voraussetzungen wirken“, so hat Wolfgang Fritz Haug diesen Gedanken einmal auf den Punkt gebracht.

Angeknüpft wird dabei an Karl Marx, der 1859 in seinem Vorwort zu „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ notiert hatte: „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen“, woraufhin diese dann nicht länger „Entwicklungsformen der Produktivkräfte“ sind, sondern „in Fesseln derselben“ umschlagen. Diese werden schließlich gesprengt, „mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um“. Christof Ohm hat daran erinnert, dass Marx den hierin liegenden Begriff der Produktionsweise nicht nur auf die Gesellschaftsform insgesamt bezogen hat, sondern ihn auch zur innerkapitalistischen Differenzierung nutzt.

Was hat das nun alles mit 1989 zu tun? Die Länder des Realen Sozialismus konnten in der Systemauseinandersetzung auf einem entscheidenden Feld nicht mithalten: „in der Entwicklung der Arbeitsproduktivität durch die Nutzung der wissenschaftlichen-technischen Revolution, vor allem in der Mikroelektronik und in der Biotechnologie“, so hat Georg Fülberth es einmal formuliert. „Hier gewann der Westen einen entscheidenden Vorsprung und manövrierte über den Weltmarkt die sozialistischen Länder aus. Der neue Produktionstyp, der mit dem Vordringen der Informationstechnologie zur Geltung kam, war offensichtlich mit den bisher in den RGW-Staaten angewandten nahezu ausschließlich zentralen Steuerungsmethoden nicht mehr vereinbar.“

Dass die „rigide-staatlichen Produktionsverhältnisse sowjetischen Musters sich allen programmatischen Reden von wissenschaftlich-technischem Fortschritt zum Trotz als unvereinbar mit der breiten Durchsetzung des Computers als neuer Leitproduktivkraft erwiesen“, ist für Haug „eine bitter-ironische Demonstration“ von Marx' oben zitierten Gedanken.

Doch diese „Kontinentaldrift“ machte sich natürlich nicht nur in Osteuropa bemerkbar. Von Haug als „hochtechnologische Produktionsweise“ oder „Hightech-Kapitalismus“ bezeichnet, greift sie auch im „Westen“ durch: „Die Grenzen der Nationalökonomien werden ebenso durchlässig, wie, auf andere Weise, bestimmte Grenzen zwischen transnationalen Unternehmen oder, auf der Ebene der Arbeitskräfte, die Grenzen zwischen Männer- und Frauenarbeit, zwischen Fremd- und Selbststeuerung, Arbeit und Lernen, Arbeitszeit und Freizeit.“ Träger dieser neuen Produktionsweise wird mehr und mehr „das transnationale Kapital, dessen Interessen maßgeblich sind für die neoliberale Globalisierungspolitik“, so ergänzt Frigga Haug. Im Zuge ihrer Ausbreitung wälzt die hochtechnologische Produktionsweise „die Arbeitsteilung im globalen Maßstab ebenso“ um „wie die eingespielten Teilungen im Inneren der ‚alten‘ industrialisierten Zentren“.

Angetrieben wird dieser Prozess im kapitalistischen „Westen“ schon seit Mitte der 1970er Jahre: Hier zeigen sich verlangsamte „Akkumulation bei durchaus stabilen Profiten“ und eine „relativ geringe Beschäftigungswirksamkeit der Investitionen“, weil ein erheblicher Teil in Rationalisierungen geht, was auch technologisch – Automation, Computerisierung – den Druck auf die Seite der Arbeit erhöht und den Machthebel auf Seiten des Kapitals verlängert. Fülberth spricht hier von einem Produktivkrafttyp, die von ihm so genannte „fünfte Periode kapitalistischer Entwicklung“ ist auch von „der Niederlage der sozialistischen Länder in der Systemauseinandersetzung“ geprägt.

Entscheidend für die Frage nach dem Erklärungswert erscheint in unserem speziellen Fall die der gegenseitigen Durch-

dringung. Das im „Westen“ immer mehr anwachsende Anlagekapital wanderte nicht nur – auch das ein Signum dieser „Kontinentaldrift“ – an die nun mehr und mehr entfesselten internationalen Finanzmärkte. „Eine Anlagesphäre für ‚freies Kapital‘ wurde seit den 1970er Jahren zunehmend die Kreditvergabe an Entwicklungsländer und an Staaten des Realen Sozialismus“, so Fülberth. Diese konnten die Ziele, die sie mit dieser Kreditaufnahme verbanden, oftmals nicht erreichen, wurden aber zugleich den Sanierungsvorschriften der Gläubiger unterworfen, was neue Formen der Abhängigkeit und soziale Folgen hervorbrachte.

An anderer Stelle hat Fülberth dies, mit Überlegungen von David Harvey verknüpft, als „neue ursprüngliche Akkumulation“ bezeichnet. Eine solche ist kein einmaliges historisches Ereignis, sondern findet wieder und wieder statt – seit dem Jahr 1989 etwa „durch die Privatisierung des staatlichen Eigentums“, einerseits in den realsozialistischen Staaten, andererseits durch Privatisierung bisher öffentlichen Eigentums im kapitalistischen „Westen“. Man kann hier von einer Nivellierung, Anpassung und Verflechtung von bisher strukturellen Klassenunterschieden der sogenannten Ersten, Zweiten und Dritten Welt sprechen.

Eine weitere „neue ursprüngliche Akkumulation“ ist mit der Durchsetzung der hochtechnologischen Produktionsweise verbunden: Hier öffnet Wissenschaft „vorher unzugängliche Realitätsdimensionen“ und schafft dabei zusätzliche Akkumulationsbedingungen. In ganz anderer Weise, als es Angela Merkel einmal ungeschickt ausdrückte, wird die Rede vom Internet, das „Neuland“ sei, hier wahr – das Internet, von Tim Berners-Lee um das Jahr 1989 am CERN entwickelt und kurz darauf für kommerzielle Zwecke nutzbar, war „Neuland“ fürs Kapital.

Was oft als Digitalisierung bezeichnet wird, hat in seinen frühen Phasen erheblich zu dem beigetragen, was man meist Globalisierung nennt: Produktionen ließen sich ins Ausland verlagern, globale Wertschöpfungsketten wurden geknüpft, die Sphäre des Kapitals wurde internationalisiert. Karl Heinz Roth hat in diesem Zusammenhang auf eine weitere Folge der „Kontinentaldrift“ hingewiesen – er nennt sie die „Wiederkehr der Proletarität“.

Mit anderer Betonung hat Stephan Kaufmann das Einreißen „der geografischen Schranken der Marktwirtschaft“ als Signum des „globalen 1989“ beschrieben: „Durch die Öffnung erst Osteuropas, dann Chinas und Indiens verdoppelte sich die global verfügbare Arbeitsbevölkerung“, schreibt er unter Berufung auf Berechnungen des Internationalen Währungsfonds. „Gegenüber 1980 hatte sie sich damit vervierfacht. Es war ein ‚massiver exogener Schock‘, der Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit dauerhaft verschoben hat.“

Mario Candeias hat die Frage aufgeworfen, wann die hier beschriebene Phase einsetzt – „mit der Regierungsübernahme der neoliberalen Regierungen Thatcher und Reagan 1979/80 oder mit dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des ‚real existierenden Sozialismus‘ ab 1989/90“? Ist eine solche Terminierung überhaupt sinnvoll, oder „fungiert Periodisierung nicht besser als analytische Kategorie jenseits einer Chronologie“?

Darüber lässt sich ebenso trefflich diskutieren wie über die vielen Begriffe, die für diese neue Phase schon gefunden wurden. Dass sich um das „globale 1989“ herum etwas ökonomisch durchgesetzt hat, auf das die Fragen auch heute noch in kritischer Absicht zielen sollten, wäre damit ja nicht hinweggefegt. Man muss nicht von „der untergründigen Kontinentaldrift“ einer neuen „hochtechnologischen Produktionsweise“ sprechen, um den Blick dafür (wieder) zu schärfen, dass die Veränderungen jener weltweiten Umbruchzeit, die wir zu oft als isolierte Ereignisse wahrnehmen, doch miteinander zusammenhängen.

Südafrika 1989



Das Bild ging um die Welt: Nelson Mandela nach der Entlassung aus langjähriger Haft an der Seite seiner Frau Winnie Mandela. Was im Februar 1990 geschah, war durch langjährigen Widerstand und internationale Solidarität möglich geworden. 1960 zur „unrechtmäßigen Organisation“ erklärt, hatte der ANC als führende Bewegung gegen die Apartheid in Südafrika vor allem im Exil und im Untergrund tätig werden müssen. Mandela war seit 1964 für sein Engagement in Haft, Ende der 1980er Jahre wurde die Kampagne für seine Freilassung noch einmal verstärkt. 1988 fand ein großes Konzert in London weltweite Aufmerksamkeit, im selben Jahr erhielt Mandela den Menschenrechtspreis der UNO. Was das bedeutete, lässt sich auch daran ersehen, dass die US-Regierung unter Ronald Reagan Mandela noch 1988 als „Terrorist“ auf eine Liste setzen ließ. Es war ein langer Weg in die Freiheit, nicht nur für Mandela, der in seiner 1994 erschienenen Autobiografie schrieb: „Der Unterdrückte und der Unterdrückte sind gleichermaßen ihrer Menschlichkeit beraubt. Als ich das Gefängnis verließ, war es meine Aufgabe, beide, den Unterdrücker und den Unterdrückten, zu befreien.“ Um frei zu sein, so geht es darin weiter, „genügt es nicht, einfach nur die Ketten abzuwerfen, sondern man muss so leben, dass man die Freiheit des anderen respektiert und fördert“.

Mandela wurde nicht durch den Mauerfall befreit

Die Geschichte der Demokratisierung Südafrikas wurde von den beteiligten Aktivist*innen geschrieben – und von Solidarität. Von Andreas Bohne

Es ist der 11. Februar 1990, Tausende Menschen und zahlreiche Vertreter*innen internationaler Medien warten vor dem Victor-Verster-Gefängnis in Paarl bei Kapstadt. Dann tritt Nelson Mandela ins Freie, erste Schritte nach fast drei Jahrzehnten im Gefängnis. Zusammen mit seiner damaligen Frau Winnie geht er auf die Menschen zu, Jubel bricht aus, beide recken Fäuste in die Luft. Es sind Bilder, die um die Welt gehen.

Warum kam Mandela frei? Hartnäckig hält sich die Sichtweise, die „globale Zäsur“, gekennzeichnet durch Mauerfall und Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus in Mittel- und Osteuropa, habe zur Überwindung der Apartheid geführt.

Sicher: 1989 und 1990 markieren auch auf dem afrikanischen Kontinent eine Zäsur. Zumeist wird diese Zeit als eine „Demokratisierungswelle“ beschrieben, eine Phase der Mehrparteiendemokratie und von friedlichen

Machtwechseln – obwohl autoritäre Regime an der Macht blieben. Ost-West-Stellvertreterkriege gingen damals zu Ende. Mit Namibia wurde 1990 die letzte Kolonie auf dem afrikanischen Kontinent unabhängig. Und auch für Südafrika sind diese Jahre von entscheidender Bedeutung gewesen.

Aber es war nicht der Mauerfall, der Mandela befreite. Selbstverständlich spielten auch am „Kap der Guten Hoffnung“ externe Faktoren wie der Aufbruch in Osteuropa eine Rolle. Doch die entscheidenden Kräfte, die zur Überwindung der Apartheid führten, waren andere. Wer diese viel wichtigeren Momente unterschlägt, ohne die der Sturz eines gesetzlich legitimierten, rassistisch-kapitalistischen Unterdrückungsregimes nicht möglich gewesen wäre, verzerrt das ganze historische Bild.

Insbesondere die Wirkung der transnationalen Anti-Apartheid-Solidarität darf nicht außer Acht gelassen werden. Individuelles

und kollektives Handeln machten auf den alltäglichen und institutionellen Rassismus aufmerksam. In vielen westlichen Ländern wurde die Komplizenschaft der eigenen Regierungen mit dem Apartheid-Regime offensiv benannt. Dies führte teilweise zu Sanktionen und Boykotten, welche die südafrikanische Regierung empfindlich trafen.

Zudem vertieften sich die inner-südafrikanischen Widersprüche. Die massiven Militärausgaben versetzten das von einem Bergbau-Industriellen-Komplex gekennzeichnete Land in eine desolote wirtschaftliche Lage. Trotz der Kredite US-amerikanischer und europäischer Banken war das Land Ende der 1980er Jahre ökonomisch kaum mehr überlebensfähig.

Natürlich muss im Rückblick auch der bewaffnete Kampf gegen das Apartheid-Regime beachtet werden. Er war zwar nie entscheidend. Aber die Anti-Apartheid-Aktivistin

Facettenreich Über einen Sammelband und eine Webdoku

Die Solidarität mit dem Protest gegen die Apartheid hat Generationen in Ost und West geprägt. Daran erinnert nun ein von Andreas Bohne, Bernd Hüttner und Anja Schade herausgegebener Sammelband: „Apartheid No! Facetten von Solidarität in Ost und West“.

Facettenreich wird darin ein großer Bogen gespannt – von den Boykottaktionen der bundesdeutschen Anti-Apartheid-Bewegung, dem Engagement der DDR auf UNO-Ebene bis hin zur internationalen Vernetzung der Solidaritätsarbeit und zu Fragen der persönlichen Motivation jener, die sich für den ANC und die Freilassung Nelson Mandelas einsetzten. „Eine kritische Wertschätzung der Anti-Apartheid-Solidarität, wie wir sie hier zeigen, muss deshalb auch unbequeme Sichtweisen zulassen“, heißt es in dem Sammelband. Dies schließt auch die auf die DDR bezogene Anerkennung ein, „dass wir es mit einem Paradox zu tun haben: Während Solidarität geleistet und ‚Freiheit‘ für die Mehrheit der Menschen in Südafrika eingefordert wurde, blieben grundlegende demokratische Rechte und menschenrechtliche Standards der eigenen Bevölkerung versagt“.

Der Sammelband blickt allerdings auch in die Zukunft: Die Anti-Apartheid-Solidarität sei „ein zentraler Referenzpunkt eines Internationalismus“ gewesen, „der viele Strömungen der Linken in der Phase des Kalten Kriegs weltweit motiviert hat“, so Boris Kanzleiter in seinem Beitrag. Nach „dem Ende der Blockkonfrontation und mit der Krise des Sozialismus“ stelle sich nun die Frage, „wie im gegenwärtigen politischen Kontext ein Neuer Internationalismus politisch und organisatorisch zu bestimmen wäre“.

In Ergänzung und zur Veranschaulichung des Sammelbandes erzählt die Seite apartheid-no.de von der Solidarität, in Form von Bildern, Postern und Interviews mit Zeitzeug*innen. Die Webdoku blickt aus der Perspektive von ost- und westdeutschen Aktivist*innen auf die damaligen Kontexte, Formen, Aktionen und Themen von Solidarität.

Das Buch ist unter rosalux.de bestellbar.

Shirley Gunn hat in „Voices from the Underground“ gerade erst daran erinnert, wie lokale Gruppen, in ihrem Fall das Ashley Kriel Detachment, Anschläge ohne Todesopfer mit hochsymbolischem Charakter verübten. Unter anderem brachten sie eine Haftmine im Fort in Kapstadt, dem Sitz des Western Cape Military Command der südafrikanischen Armee, zur Detonation.

Nicht vergessen werden darf der politische Kampf des African National Congress (ANC) im Exil. Die Kooperation mit anderen Staaten führte auf UN-Ebene 1977 zu einem bindenden Waffenembargo gegenüber Südafrika. Zu nennen sind ebenso die vielen südafrikanischen Aktivist*innen, das Oppositionsbündnis der United Democratic Front (UDF) oder der 1985 gegründete Gewerkschaftsdachverband COSATU. Besonders muss der jahrzehntelange Widerstand der Bevölkerung erwähnt werden. Dazu gehört neben dem Soweto-Aufstand von 1976 eine Vielzahl weiterer, außerhalb Südafrikas kaum bekannter Aktionen des Aufruhrs und des Gegenhaltens – etwa die Pondo Peasants Revolt in der ehemaligen Transkei in den 1950er und 1960er Jahren.

Es war die breite Bevölkerung, die durch eine nicht zu erfassende Anzahl von Demonstrationen und Protesten jahrelang an der Apartheid rüttelte und deren Kraft dazu beitrug, das Land unregierbar zu machen. Sie schuf die Voraussetzungen dafür, dass 1989 und 1990 schon seit Jahren geführte Verhandlungen hinter verschlossenen Türen ihren Abschluss finden konnten und schließlich auch die Freilassung Mandelas möglich wurde. Kurz zuvor waren das Verbot des ANC und das der Südafrikanischen Kommunistischen Partei aufgehoben worden.

Die Überwindung der Apartheid hat also viel weniger mit dem Fall der Mauer zu tun, als oft angenommen wird. Und auch Nelson Mandela wurde nicht in Osteuropa oder der DDR „mitbefreit“ – auch wenn der ehemalige südafrikanische Präsident Frederik Willem de Klerk das gern kolportiert.

Zur Erinnerung: Mandela hatte bereits 1985 ein Angebot zur Entlassung aus der Haft erhalten, allerdings unter Bedingungen, die er damals ablehnte. Der Kampf gegen die Apartheid auf den Straßen Südafrikas erreichte schon 1986 einen Höhepunkt, als der Ausnahmezustand verhängt wurde. Die Eskalation der Gewalt markierte bereits damals den Anfang vom Ende der Macht des rassistischen Apartheid-Regimes.

Bleibt dies ausgeblendet, wird also die Überwindung der Apartheid mit dem Fall des real existierenden Sozialismus in eins gesetzt, wirkt sich das auch auf die Sichtweisen auf das rassistische Regime aus: Dieses erscheint dann weiterhin als sogenanntes „Bollwerk gegen den Kommunismus“. Als dieser in Osteuropa scheiterte, so die Logik des verzerrenden Geschichtsbildes, als also „der Feind geschlagen“ war, hätten auch seine Verbündeten in Südafrika freigelassen werden können.

Nein, die Geschichte der Befreiung Südafrikas wurde nicht woanders geschrieben, sondern von den Menschen dort. Nach der Freilassung Nelson Mandelas blieben die folgenden Jahre freilich voller Turbulenzen – mit teilweise bürgerkriegsähnlichen Zuständen und der „verhandelten Revolution“. Erst 1994 konnte der ANC die ersten freien Wahlen gewinnen und Mandela als erster schwarzer Präsident vereidigt werden.

Schon bald darauf deutete sich allerdings auch an, dass dem politischen Umbruch keine wirtschaftliche Transformation folgen würde. Mehr denn je prägten ökonomische Widersprüche und soziale Ungleichheiten die Situation in Südafrika. Die Kontinuität klassenspezifischer und rassistischer Trennungen kam hinzu.

Auch wenn kein anderes afrikanisches Land so viel für Sozialausgaben, für den Wohnungsbau, Renten oder Kindergeld, aufwendet, auch wenn ein international beachteter Versöhnungsprozess eingeleitet wurde, auch wenn Südafrika auf eine fortschrittliche Verfassung verweisen kann – war all dies doch offenbar nicht ausreichend für eine grundlegendere Wende im Land.

Auf die Überwindung der Apartheid in Südafrika folgte eine Dominanz des Kapitalismus, zu dem es – „There is no alternative“ – angeblich keine Alternativen mehr geben sollte. Auch in Südafrika fehlte ein neues linkes Projekt, das Scheitern des Realsozialismus hat wohl auch hier seine Spuren hinterlassen. Die Hoffnung, dass in einem Land, das die Apartheid hinter sich lassen konnte, bald auch eine sozial gerechte, kosmopolitische und emanzipatorische Gesellschaft entstehen würde, wurde enttäuscht.

Es war eine Hoffnung, von der viele Südafrikaner*innen und auch internationale Linke nach 1990 träumten. Mag sein, dass dabei auf naive Weise auch etwas auf Südafrika projiziert wurde – die oft überstrapazierte Metapher der „Regenbogennation“ deutet ebenso darauf hin wie die Tatsache, dass da auch Linke auf eine sozialistische Transformation hofften, die selbst gerade an einem solchen Projekt gescheitert waren.

Richtig bleibt aber auch: Eine gesellschaftliche und ökonomische Transformation in Südafrika, die Fragen des Eigentums und der Verteilung progressiv angeht, die dazu führt, dass lang bestehende Sozialstrukturen aufgebrochen werden, erscheint heute nötiger denn je. In diese Richtung gehen auch viele der gegenwärtigen Proteste – inzwischen gegen eine demokratisch gewählte Regierung und gegen die wirtschaftliche Elite des Landes. Und wieder liegen die politischen Hoffnungen vor allem auf der südafrikanischen Bevölkerung und internationalen Bewegungen.

Andreas Bohne ist Referent für Ostafrika und das Südliche Afrika bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

China 1989



picture-alliance/ dpa

Im April 1989 begannen Studierende der großen Universitäten von Peking auf die Straße zu gehen. Auslöser war zunächst das von vielen als schäbig empfundene Begräbnis von Hu Yaobang, der bis 1987 Generalsekretär der Kommunistischen Partei gewesen war und dem als liberal und reformorientiert bezeichneten Flügel angehört hatte. Bald richteten sich die Proteste auch gegen die Korruption, der Ruf nach demokratischen Reformen wurde laut. Zu der Protestbewegung, die am 4. Juni 1989 gewaltsam auf dem Tiananmen-Platz niedergeschlagen wurde, waren bald auch Arbeiter*innen gestoßen, die gewerkschaftliche Rechte und unabhängige Organisationen einklagten. Was als wirtschaftspolitische Lockerung unter Deng Xiaoping

in den 1980ern immer stärker wirksam wurde, hatte einerseits die Hoffnung auf eine innenpolitische Liberalisierung geweckt. Auf der anderen Seite zeigte der Kurs, mit dem sich China in die internationale, kapitalistische Arbeitsteilung katapultierte, auch bald seine Schattenseiten. Zwar stieg der Lebensstandard insgesamt an, aber es gab auch viele Verlierer. Die Preise für Grundnahrungsmittel stiegen drastisch, die Ungleichheit nahm zu. Dass nicht wenige Manager und Parteifunktionäre sich bereicherten, sorgte ebenfalls für wachsenden Unmut, der sich seit 1988 auch vor dem Hintergrund zurückgehender Wachstumsraten, von Inflation, zurückgehender Kreditvergabe und steigender Erwerbslosigkeit verstärkte.

ANZEIGE

maldekstra

GLOBALE PERSPEKTIVEN VON LINKS: DAS AUSLANDSJOURNAL

Kostenfreier Bezug aller bisherigen Ausgaben über bestellung.rosalux.de

„Da war natürlich große Unsicherheit“

Klaus Dieter Peters arbeitete beim Solidaritätskomitee der DDR.
Wie hat er die Wende 1989 erlebt? Ein Protokoll

Ich habe 1989 beim Solidaritätskomitee, heute Solidaritätsdienst, angefangen. Zuvor hatte ich bei der Ständigen Vertretung der DDR bei der UNO in Genf gearbeitet. Eigentlich bin ich Diplom-Ingenieur für Chemische Verfahrenstechnik, habe zehn Jahre als Produktionsleiter in der Industrie gearbeitet und dann noch mal studiert. Am Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam schloss ich 1983 mit einem Diplom in der Fachrichtung Internationale Beziehungen ab.

Nach einer kurzen Vorbereitungszeit im Außenministerium der DDR wurde ich in Genf in der Ständigen Vertretung der DDR bei der UNO eingesetzt. Dort war ich verantwortlich für die Zusammenarbeit mit Spezialorganisationen wie WHO, WMO, ITU. Ich habe an verschiedenen Tagungen der Menschenrechtskommission, des Anti-Apartheid-Ausschusses sowie anderer Spezialausschüsse der UNO teilgenommen. Das war eine spannende Zeit.

1988, im Dezember, endete für mich diese Arbeit. Ich hätte damals in meinen Betrieb zurückgehen können oder auch ins Außenministerium, erhielt dann aber das Angebot vom Solidaritätskomitee. Das gefiel mir besser. Ich kannte es. Schließlich haben wir in der DDR fast alle Soli-Marken gekauft. 1989, während der Wende, als es hieß, das sei unter Zwang passiert, habe ich gesagt, das stimmt so nicht. Wer musste spenden und hatte Konsequenzen zu befürchten, wenn er es nicht tat? Die Leiter. Arbeiter wurden nicht gezwungen und haben keine Zwangsspenden abgegeben. Wenn die nicht wollten, haben sie eben keine Marken gekauft. So war das in der DDR. Trotzdem haben viele von ihnen Solidarität geübt und viel gespendet, und zwar freiwillig.

Ich bin beim Solikomitee Abteilungsleiter für Afrika geworden. Das klingt jetzt hochtrabend, letztlich waren wir zwei Leute: ich und mein Mitarbeiter. Und wir hatten einen Vorgesetzten. Es gab damals sogar einen Abteilungsleiter Naher und Mittlerer Osten, dessen Abteilung bestand aus einer Person.

In Afrika pflegten wir im Wesentlichen Beziehungen zu den sogenannten Frontstaaten. Mosambik, Angola, Tansania, Namibia, Äthiopien. Das waren jene Staaten, von denen wir damals sagten, die würden einen sozialistischen Entwicklungsweg gehen. Wir haben uns um die Solidaritätstransporte gekümmert und um junge Menschen, die in der DDR studiert haben, Solidaritätstage wurden veranstaltet. Ich war für die Botschaften der SWAPO in Namibia und des ANC in Südafrika zuständig. Aber ich bin nicht in diese Länder gereist. Es wurde alles von zu Hause aus organisiert.

1989, als die Mauer fiel, war da natürlich eine große Unsicherheit. Wir haben versucht, die Arbeit weiterzumachen. Wir haben auch Spenden bekommen. Große Aufrufe wurden getätigt, zum Beispiel, für Rumänien zu spenden. Da haben wir tatsächlich in kürzester Zeit Millionen bekommen, das war im Januar 1990. Damals herrschte in Angola auch eine große Hungersnot. Da haben wir auch eine große Spendenaktion gemacht. Und

auch die war erfolgreich. Wir konnten Lebensmittel nach Angola schicken.

Die Menschen aus diesen Ländern, die hier waren, waren ziemlich entsetzt, als sich 1989 alles so rasend schnell veränderte. Ich kann mich erinnern, dass ich mit dem stellvertretenden Leiter der ANC-Vertretung in Erfurt war. Dort gab es in einem Betrieb eine Brigade, die trug den Namen „Nelson Mandela“. Wir haben der Brigade eine Ehrenurkunde überreicht, die haben sie auch gerne genommen, obwohl es überall schon heftig rumorte. Auf dem Heimweg dann hörten wir die Meldung von den Rücktritten im Politbüro. Und der ANC-Vertreter, der zusammen mit Mandela im Gefängnis gesessen hatte, war völlig entgeistert. 1989/90 wurden die Vertretungen des ANC und der SWAPO geschlossen. Ich hatte die Aufgabe, diese Vertretungen besenrein an den neuen Staat zu übergeben. Die waren nicht mehr geduldet, denn wozu brauchte die BRD eine Vertretung der SWAPO und des ANC?

Es gab damals noch knapp 300 Studenten, deren Studium in der DDR vom Solidaritätskomitee finanziert wurde und die nicht vom DAAD übernommen wurden. Um die mussten wir uns auch kümmern. Die letzten haben 1997 die BRD verlassen. Die meisten mit einem guten Abschluss.

1989/90 fanden die ersten freien Wahlen in Namibia statt. Alle Namibier gingen zurück in ihr Land. So auch der Präsident der SWAPO, Sam Nujoma. Seine Begleiter waren vom Solikomitee im Centrum Warenhaus eingekleidet worden. Sie landeten eine Woche später in Windhoek, der namibischen Hauptstadt. Ich habe die Bilder im TV gesehen, wie die dort ankamen, und ich freute mich, dass sie unsere schönen Präsent-20-Anzüge trugen. Zur Unterstützung unserer namibischen Freunde wurden auch größere Hilfslieferungen organisiert, die 1989/90 in das Land geschickt wurden, nachdem das Apartheidsystem beseitigt war.

1997 war ich dann tatsächlich in Angola, dort hatte der SODI versucht, ein Minenräumprojekt aufzubauen. Und ich habe viele Menschen getroffen, die sich noch gut an die Hilfssendungen des Solidaritätskomitees der DDR erinnern konnten. Ich habe mich nicht so gut gefühlt, so viel hatte sich zum Schlechteren entwickelt durch den Bürgerkrieg. Wir waren in einem Hotel untergebracht und unten standen Soldaten mit Maschinengewehren. Der jahrelange Bürgerkrieg hat die Entwicklung des Landes wesentlich gebremst. Aber ich bin sehr froh, dass es den SODI gibt. Der macht eine gute Arbeit und hat an das angeknüpft, was vorher war. Solidarität braucht es ja immer.

Klaus Dieter Peters ist Mitglied des SODI-Vorstandes (Solidaritätsdienst International) und begann 1989 bei dessen Vorgänger, dem Solidaritätskomitee der DDR, zu arbeiten. Er kümmerte sich um die sogenannten Frontstaaten, jene Länder auf dem afrikanischen Kontinent also, auf denen die Hoffnung der sozialistischen Länder Europas lag. Das Protokoll führte Kathrin Gerlof.

Angola 1989



picture-alliance / dpa

Die kubanische Revolution hatte von Anfang an eine starke internationalistische Prägung, die auch zu militärischen und zivilen Einsätzen im globalen Süden führte. Die Hilfe galt verschiedenen Bewegungen, und seit 1975 waren kubanische Einheiten auch in Angola in einem Militäreinsatz. Die Truppen hatten auf Seiten der angolanischen Befreiungsfront *Movimento Popular de Libertação de Angola* interveniert, die sich in dem Land seit der faktischen Unabhängigkeit im Konflikt mit anderen konkurrierenden Befreiungsbewegungen befand. Diese wurden unter anderem von den USA gefördert, die dort ihre Interessen verfolgten und nach der Niederlage im Vietnamkrieg den von Moskau und Havanna unterstützten Erfolg einer linken Befreiungsbewegung unbedingt verhindern wollten. Auch waren weitere Länder wie Südafrika in den Konflikt verstrickt. „Trotz der Anstrengungen Südafrikas und Washingtons änderte Kuba den Gang der Geschichte im südlichen Afrika“, heißt es in einem Lexikon. Kubas Einsatz habe die Unabhängigkeit Namibias gefördert, den Niedergang des Apartheid-Regimes in Südafrika

beschleunigt und zudem einen bedeutenden zivilen Anteil gehabt, der Angola selbst zugutegekommen sei. In einer französischen Dokumentation nennt ein hochrangiger Afrika-Experte des US-Außenministeriums Fidel Castro „den Mann, der dem Kolonialismus in Afrika ein Ende bereitet hat“. Dem kubanischen Militäreinsatz bescheinigt er „große Verantwortung und Reife, und dies hätte eigentlich von den USA als wichtige Geste anerkannt werden sollen“. Nach vielen Anläufen kamen Verhandlungen zustande, die am 8. August 1988 einen Waffenstillstand erbrachten. Wenige Monate später unterzeichneten Angola, Südafrika und Kuba den Dreimächtevertrag, der den Abzug der südafrikanischen Truppen aus Angola und Namibia, die Unabhängigkeit Namibias und den Abzug der kubanischen Truppen aus Angola binnen 30 Monaten vorsah. Die ersten Truppen Kubas verließen das Land am 10. Januar 1989. Offiziell wurden die Verluste aller internationalistischen Missionen Kubas in Afrika auf etwa 2.077 beziffert, manche Expert*innen gehen von deutlich höheren Zahlen aus.



picture-alliance / dpa

Eine lange Geschichte

Die Geschichte des SODI e. V. (Solidaritätsdienst International) begann in der DDR. Dort hieß er Solidaritätskomitee, war eine juristisch eigenständige Organisation und hatte die Aufgabe, die Entwicklungshilfe-Aktivitäten des Landes zu koordinieren. Völkern im „Kampf gegen den Imperialismus“ zu helfen, außenpolitische Ziele durchzusetzen, wirtschaftliche Entwicklung in Ländern zu fördern, die – so die Hoffnung – den Sozialismus aufbauen würden.

Diese Hoffnung war nicht unbegründet, aber sie gründete auf falschen Voraussetzungen, nämlich denen, dass die real existierenden sozialistischen Länder einen richtigen Weg einschlagen und weisen würden. Dem war nicht so.

Gegründet 1960, speiste sich das Komitee aus den Spenden der DDR-Bevölkerung, eingesammelt durch den Gewerkschaftsbund FDGB und andere Organisationen, zum Beispiel den Demokratischen Frauenbund, den Kleingartenverband, Sportorganisationen. Nach Auseinandersetzungen mit der Treuhandanstalt konnte der größte Teil der bis 1990 gesammelten Spenden, mehr als 32 Millionen DM, in die 1994 gegründete Stiftung „Nord-Süd-Brücken“ eingebracht werden, die es bis heute gibt. Da existierte der SODI e. V. bereits vier Jahre. Als Stifter legte der Verein die Spendenmittel ein und begann sich auf Grundlage dessen, was inhaltlich da und nicht verloren gegangen war, zu konsolidieren.

Seit 1990 wurden fast 1.000 Projekte realisiert, für die auch der Name SODI steht. Gegenwärtig engagiert man sich in zwölf Ländern. In den Jahren nach der Wende und bis heute haben sich dabei die Bedingungen in vielen Ländern, mit denen das Solidaritätskomitee der DDR zusammenarbeitete, verändert. Zum Guten, aber auch zum Schlimmen. Aus Befreiungsbewegungen und Namen, die zu DDR-Zeiten mit ihnen verbunden waren, wurden zum Teil autoritäre Gebilde, aus Helden Machthaber, aus vielleicht einmal hoffnungsvollen Entwicklungen von Bürgerkriegen und Armut zerrüttete Länder. Anderswo wuchs und wächst Hoffnung. *Kathrin Gerlof*

Wenn die Welt auseinanderbricht

1989 machte weit mehr als ein bis dahin real existierendes System zu „Geschichte“.
Ein Blick in die internationale Literatur. Von Kathrin Gerlof

Wenn die Welt auseinanderbricht, entstehen die guten literarischen Texte erst Jahre später. Was wir dann lesen, ist: Geschichte, in Geschichten verpackt. Und nur die Qualität der Texte kann dafür bürgen, dass wir der erzählten Geschichte auch Gegenwart, Zukunft und Erkenntnis abringen. Das Vergnügen gesellt sich von ganz allein dazu.

2003 starb der chilenische Autor Roberto Bolaño in einem Krankenhaus in Barcelona. Er war 50 Jahre alt und wartete auf eine Lebertransplantation. Zwischen 1993 und 2003 wurden in Ciudad Juárez, nahe der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze, mehr als 400 Frauen und Mädchen ermordet – ein UN-Bericht verweist auf die Zahl 740 und eine noch höhere Dunkelziffer. Die meisten Frauen waren Wanderarbeiterinnen, die sich in den Fabriken multinationaler Konzerne verdingten. Feministinnen und Frauenrechtsgruppen vermuteten systematische Tötungen aufgrund des Geschlechts und infolge internationalen Menschenhandels, des Drogenkriegs und von Zwangsprostitution. Die mexikanischen Behörden sprachen nicht von Frauenmorden, stattdessen von Morden, bei denen viele Frauen betroffen seien.

2009, fünf Jahre nach Bolaños Tod, erschien in Deutschland sein Roman „2666“, in dem Ciudad Juárez die Matrix für den fiktiven Ort Santa Teresa stellt. Im vierten Buch des mehr als 1.000 Seiten umfassenden Romans stehen die Opfer und Ermittler im Zentrum des Geschehens. Geradezu dokumentarisch und in dieser Nüchternheit aufs Schrecklichste zum Kern vordringend, nennt der Autor Namen über Namen, beschreibt, als zitiere er aus forensischen Berichten, die Verstümmelungen und Schändungen, die Ratlosigkeit ermittelnder Behörden, den lokalisierten und damit identifizierbaren Wahnsinn einer globalisierten Welt.

Ciudad Juárez gilt als symbolische Hauptstadt der Frauenmorde, worauf Aktivistinnen seit 1993 hinweisen und wofür sie sich zu Recht des Begriffs der Femizide bedienen. Symbolisch auch, weil die Frauen und Mädchen wie Müll an Straßenrändern und abgelegenen Orten „entsorgt“ wurden.

Bolaño bettet die Gewalt in eine seltsam verschrobene und auf vielfältige Art verwobene Geschichte um vier Literaturwissenschaftler ein, die einem nobelpreisverdächtigen deutschen Romancier auf die Spur kommen wollen und die es bei der Suche an die mexikanisch-amerikanische Grenze verschiebt, weil der Geheimnisvolle dort gesichtet worden sein soll. Der Roman erzählt von einer nicht vergehenden, sich stattdessen zur Kenntlichkeit deformierenden Welt,

in der übrig bleibt, was am stärksten ist, und untergegangen ist, was seine Chance verspielt hat.

„Von der linken Utopie der Erlösung ist in ‚2666‘ die Verwandlung des Schmerzes in Form übrig geblieben und der Versuch, in einer erodierenden Wirklichkeit die Würde des Ich und die Souveränität der Sprache zu bewahren“, so hat das Andreas Breitenstein einmal formuliert – er nannte Bolaño einen „Pyromantiker der Traurigkeit“, dessen Bücher in einer „haltlosen Epoche“ ein großes geistiges Abenteuer seien.

Ein ebenso großes, wenn auch weitaus kürzeres Abenteuer ist der Roman „Die Verbrannten“ von Antonio Ortuño. (Er kommt als Kriminalroman daher, was dem Buch nicht gerecht wird.) Das Buch handelt davon, wie mexikanische Schlepper die von ihnen Ausgebeuteten quälen, demütigen, misshandeln, missbrauchen. Die Hölle an der Grenze zwischen Mexiko und den USA ist eine, die weder Behörden noch Regierungen interessiert. Und jene, die von allen ausgebeutet werden – den Schleppern, den Behörden, den Polizisten, den Staatsbeamten, den Besitzern der Produktionsmittel in jenen Niedriglohnfabriken, die als existenzielle Überlebensorte eine Erfindung der Hölle zu sein scheinen –, können für alle stehen, die sich weltweit auf den Weg machen, um vor etwas zu fliehen, was sie dann anderswo und in anderer Gestalt wieder vorfinden werden. In „Die Verbrannten“ ist die Hölle eine staatliche Unterkunft für Geflüchtete in Santa Rita, die angezündet wird und deren Bewohner*innen bei dem Brandanschlag bis auf wenige ums Leben kommen.

Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte gehören nicht erst seit Anfang der 1990er Jahre zum Werkzeugkasten rassistischer Gewalt, nach dem „globalen 1989“ jedoch wurden sie zum Symbol für eine aus den Fugen geratene Welt und zugleich für Fehler und Versäumnisse einer Vergangenheit, die sowieso nicht einfach vergehen würde. Auch Santa Rita ist, wie Ciudad Juárez, eine fiktive Stadt. Es ließen sich viele real existierende Orte nennen, die als Vorlage gelten können. Die Fiktion ist nur dafür da, der Erzählung jenen universellen Charakter zu geben, den sie durch die Realität bekommt.

In den 1990er Jahren griffen viele Autor*innen zu der Idee, ihre Handlungen in fiktive Länder, an fiktive Orte zu verlegen. Nicht für Bolaño und Ortuño, für andere hingegen schon, konnte das eine Frage des Überlebens sein. Wesentlicher aber war und ist, dass die

Erzählungen dadurch ihre Singularität im Sinne literarischer Qualität behalten, zugleich aber auch Universalität erlangen.

Vielleicht auch das eine Reaktion auf Globalisierung, die der Welt das Paradoxon aufzwingt, gleichzeitig zusammenzurücken und auseinanderzudriften. Immer kann eins fürs andere stehen, ist das Lokale zugleich Ausdruck einer weltumspannenden Geschichte, verkörpert eine der Raserei gleichende ökonomische Zuspitzung der Verhältnisse.

Die Themen Migration, Diaspora, Post-Postkolonialismus, Bürgerkriege, Globalisierung lösten bei vielen Autor*innen aus Ländern des afrikanischen Kontinents die Auseinandersetzungen mit Identität und Kolonialismus ab. Seit 1989 ging ein großer Teil der mit der Dekolonisierung und den Befreiungsideologien verbundenen Hoffnungen verloren. Der real existierende Sozialismus verschwand, und mit ihm auch eine interessengeleitete Entwicklungspolitik, die Länder einteilte in außereuropäische RGW-Staaten (Vietnam, Kuba), Länder mit sozialistischer Orientierung (Angola, Mosambik), kapitalistische Länder (Mexiko, Brasilien ...) und Regime (Uganda, Zentralafrika). Mit Letzteren gab es keinen Kontakt. Jene Länder, auf denen die Hoffnung lag, sie würden das Gleichgewicht der Kräfte und immer auch des Schreckens zugunsten der sozialistischen Länder verschieben, waren plötzlich sich selbst und den „anderen“ überlassen.

Autorinnen und Autoren afrikanischer Länder wandten sich in den 1990er Jahren verstärkt einem internationalen Markt (Europa, USA) zu. Die sogenannte afrikanische Literatur wurde noch mehr als zuvor im Exil geschrieben. Egal, ob es freiwillig und unfreiwillig gewählt war. Zugleich wurden Exil, Migration in der Literatur stärker thematisiert. Die Autor*innen wandern und wandeln zwischen den Welten, souverän, mit großer Literatur und anderer Sprache. Sie wehren sich dagegen, unter „afrikanischer Literatur“ subsumiert zu werden, die britische Schriftstellerin Taiye Selasie, deren familiäre Wurzeln in Ghana und Nigeria liegen, vermutete in dieser Zuschreibung zu Recht virulentes postkoloniales Denken.

Der kenianische Autor Ngugi wa Thiong'o lebte längst im Exil in den USA, als er seinen Roman „Herr der Krähen“ schrieb, der in Deutschland 2011 erschien. Er schrieb die Geschichte in seiner Muttersprache Gikuyu, übersetzte sie dann selbst ins Englische. Die fiktive Freie Republik Aburiria kann für vieles und viele stehen, nicht von ungefähr wurde der Roman in Rezensionen oft als der „uni-

Afghanistan 1989



picture-alliance / dpa

Am 15. Februar 1989 wurde der Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan abgeschlossen. Die letzten Militärs fuhren über die Brücke von Termiz nach Usbekistan – das Ende einer Intervention, die nichts zum Besseren gewendet hatte. Ende 1979 griff Moskau auf Seiten der durch die Saurrevolution an die Macht gelangten kommunistisch orientierten Kräfte in den Bürgerkrieg ein, in dem Mudschahedin-Gruppen einer von inneren Konflikten zerrissenen Demokratischen Volkspartei Afghanistans gegenüberstanden. Die islamistische Gegenbewegung kämpfte gegen Säkularisierung, Bodenreform und das Vorgehen gegen die alte Oberschicht. Und sie bekam dabei Hilfe von

den USA und einer Reihe weiterer NATO-Mitglieder sowie islamistischen und monarchistischen Gruppen. Militärisch blieben die sowjetischen Truppen in einem von beiden Seiten grausam geführten Krieg mit einer Million Toten gegen die Guerillataktik der Mudschahedin erfolglos. Nach der Wahl Michail Gorbatschows 1986 ändert Moskau den Kurs. Im April 1988 wurde das Genfer Abkommen zwischen Pakistan und Afghanistan unterzeichnet, um den Krieg zu beenden. Die Mudschahedin lehnten den Vertrag ab. 1992 wurde Kabul kampfflos an sie übergeben. Die dann folgenden inneren Auseinandersetzungen brachten einen neuen Bürgerkrieg und die Taliban als Sieger hervor.

verselle Diktatorenroman“ beschrieben. Der Herrscher Aburrias plant, seine Gottähnlichkeit in einem baulichen Monument in der Hauptstadt des Landes zu zementieren. „Marching to Heaven“ soll größer und erfolgreicher sein als der Turmbau zu Babel und auf ewige Zeiten von Macht künden. Die vielen Arbeitslosen des Landes finden sich in Warteschlangen zusammen, um einen Job bei der beauftragten Baufirma zu ergattern. Währenddessen reist der Herrscher in die USA, denn er braucht für sein Bauprojekt Geld. Dort wird er von einer geheimnisvollen Krankheit befallen. Der Weiß-Wahn des Herrschers kann nur vom „Herrn der Krähen“ geheilt werden, dem ambivalent-sympathischen Widersacher des Herrschers.

Leben auf Trümmern oder zertrümmern, was bisher Leben war. 20 Jahre nach dem Zusam-

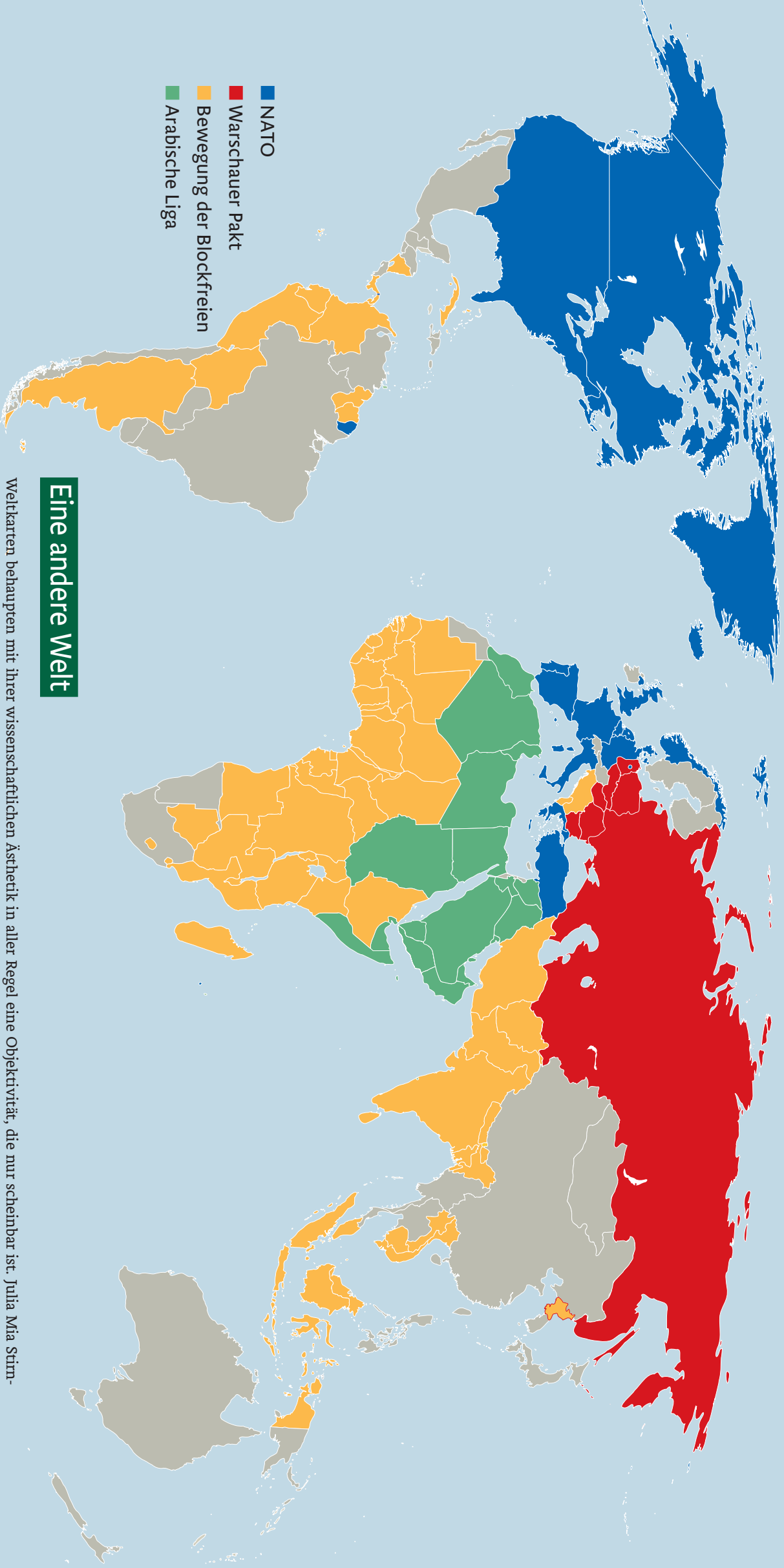
menbruch der Sowjetunion veröffentlichte Swetlana Alexijewitsch ihr Buch „Secondhand-Zeit“, das den Untertitel „Leben auf den Trümmern des Sozialismus“ trägt. Ideen und Worte – alles gebraucht oder vernutzt. Die Erzählungen der Menschen, denen die Autorin in jahrelanger Rechercharbeit zugehört hat, zeugen von Entsetzen, Resignation und Wut. Über die Deaktivierung eigener Biografien, den Zusammenbruch einer Idee, die Ahnung, dass schon mit der Idee etwas nicht stimmte. „Die Entdeckung des Geldes war wie die Explosion einer Atombombe.“

„Wir glaubten, morgen würde es besser sein als heute, und übermorgen besser als gestern. Wir hatten eine Zukunft. Und eine Vergangenheit. Wir hatten alles“, sagt die 57-jährige Ärztin Margarita Pogrebizkaja. Die Gier nach einem Sinn, der dem Ganzen abgerungen werden musste. „An die Stelle der Demonstratio-

nen auf den Straßen und der Übertragungen der Kongresse der Volksdeputierten traten nun mexikanische Serien.“ Die aber nicht von Wanderarbeiterinnen erzählten, die im mexikanischen Nirgendwo tot in den Straßenrinnen lagen und von einem neuen Zeitalter ökonomischer Verteilungs- und Geschlechterkämpfe kündeten.

Bereits 1988, ein Jahr vor der großen Wende, erschienen Salman Rushdies „Satanische Verse“, die am 14. Januar 1989 im englischen Bradford von Muslimen öffentlich verbrannt wurden. Einen Monat später wurde vom iranischen Staatschef Chomeini ein Kopfgeld auf den Autor ausgesetzt.

Tatsächlich, 1989 brach weitaus mehr zusammen als ein bis dahin real existierendes System, das seine Existenz verspielt hatte. Viel mehr.



Eine andere Welt

Weltkarten behaupten mit ihrer wissenschaftlichen Ästhetik in aller Regel eine Objektivität, die nur scheinbar ist. Julia Mia Stimmemann hat darüber ein lesenswertes Buch geschrieben (Transcript Verlag 2018), in dem es um Projektionen und Weltanschauungen geht. Im wahrsten Sinne des Wortes machen wir uns über Weltkarten eine Welt anschaulich, und doch steckt in der Abbildung immer auch ein schon politisch geprägter Konsens, ein Ordnungssystem, eine Nicht-Objektivität. Die hier dargestellten Macht-Blöcke des Jahres 1989 sind ein Beispiel dafür, weil farblich zu einem Ganzen zusammengefügt ist, was in der Wirklichkeit aus sehr konfliktreichen Teilen bestand. Nach dem globalen Schwellenjahr mussten die Weltkarten erneuert werden. Auch die Nachfolgerinnen sind dabei immer eines: bestimmte Weltanschauungen.